

Brüssel, den XXX
[...] (2021) XXX draft

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor

INHALT

TEIL I	3
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	3
Kapitel 1	3
1. Einführung.....	3
Kapitel 2.	6
2. Anwendungsbereich, Pflicht zur Anmeldung und Begriffsbestimmungen.....	6
2.1. Anwendungsbereich dieser Leitlinien und Auswirkungen des EMFAF.....	6
2.1.1 Anwendungsbereich	6
2.1.2 Beihilfen für sonstige Maßnahmen	7
2.1.3 Wirkung der Verordnung (EU) 2021/1139	7
2.2. Horizontale und andere Beihilfeinstrumente für den Fischerei- und Aquakultursektor	9
2.3. Beihilfen für Maßnahmenkategorien, die unter eine Gruppenfreistellungsverordnung fallen.....	9
2.4. Pflicht zur Anmeldung	10
2.5. Begriffsbestimmungen	11
Kapitel 3	13
3. Gemeinsame Bewertungsgrundsätze	13
3.1. Erste Voraussetzung: Die Beihilfe dient der Förderung der Entwicklung eines Wirtschaftszweigs	14
3.1.1. Geförderter Wirtschaftszweig	14
3.1.2. Anreizeffekt.....	15
<i>Zusätzliche Bedingungen für einzeln anzumeldende Investitionsbeihilfen</i>	16
3.1.3. Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen und allgemeine Grundsätze des Unionsrechts.....	17
3.2. Zweite Voraussetzung: Die Beihilfe verändert die Handelsbedingungen nicht in einer Weise, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft.....	18
3.2.1. Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen.....	19
3.2.2. Geeignetheit der Beihilfe.....	19
<i>Geeignetheit verschiedener Beihilfeformen</i>	20
3.2.3. Verhältnismäßigkeit der Beihilfe	20

<i>Beihilfemaximierungsintensitäten und Beihilfemaximierungsbeträge</i>	20
<i>Zusätzliche Bedingungen für einzeln anzumeldende Investitionsbeihilfen und Investitionsbeihilfen für große Unternehmen im Rahmen angemeldeter Beihilferegulungen</i>	22
<i>Kumulierung von Beihilfen.....</i>	23
3.2.4. Transparenz	24
3.2.5. Übermäßige negative Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel	25
<i>Investitionsbeihilferegulungen für die Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen</i>	26
<i>Einzeln anzumeldende Investitionsbeihilfen für die Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen.....</i>	27
3.2.6. Abwägung der positiven und der negativen Auswirkungen der Beihilfe (Abwägungsprüfung)	28
TEIL II	30
GRUPPEN VON BEIHILFEN	30
Kapitel 1	30
BEIHILFEN FÜR RISIKO- UND KRISENMANAGEMENT	30
1.1. Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind	30
1.2. Beihilfen zur Beseitigung von Schäden infolge widriger Witterungsverhältnisse und außergewöhnlicher Klimaereignisse	32
1.3. Beihilfen für die Kosten der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur und des Befalls durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung und invasive gebietsfremde Arten von Bedeutung für Mitgliedstaaten.....	35
Kapitel 2	38
BEIHILFEN IN GEBIETEN IN ÄUßERSTER RANDLAGE.....	38
2.1. Betriebsbeihilfen in Gebieten in äußerster Randlage.....	38
2.2. Beihilfen für die Erneuerung der Fischereiflotte in Gebieten in äußerster Randlage	39
TEIL III	41
VERFAHRENSVORSCHRIFTEN	41
1. Maximale Laufzeit von Beihilferegulungen und Evaluierung	41
2. Anwendung der Leitlinien.....	42
3. Vorschläge für geeignete Maßnahmen.....	42
4. Berichterstattung und Überwachung.....	43
5. Überarbeitung.....	43

TEIL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

1. EINFÜHRUNG

- (1) Nach Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind, soweit in den Verträgen nicht etwas anderes bestimmt ist, staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Obwohl das Prinzip des Verbotes staatlicher Beihilfen im AEUV verankert ist, können solche Beihilfen auf der Grundlage des Artikels 107 Absätze 2 und 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar sein.
- (2) Gemäß Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV sind Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind, mit dem Binnenmarkt vereinbar. Außerdem kann die Kommission nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Fischerei- und Aquakultursektors als mit dem Binnenmarkt vereinbar ansehen, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft. Des Weiteren können Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen der Lebensstandard außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht, sowie der in Artikel 349 AEUV genannten Gebiete unter Berücksichtigung ihrer strukturbedingten, wirtschaftlichen und sozialen Lage als gemäß Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden.
- (3) In diesen Leitlinien legt die Kommission die Bedingungen und Kriterien fest, unter denen Beihilfen für den Fischerei- und Aquakultursektor als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden. In Bezug auf Beihilfen gemäß Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV sind in diesen Leitlinien die Bedingungen festgelegt, unter denen eine Beihilfemaßnahme zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind, mit dem Binnenmarkt vereinbar ist. Die Kommission legt außerdem die Kriterien für die Ermittlung der Bereiche fest, die die Voraussetzungen von Artikel 107 Absatz 3 AEUV erfüllen und als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können.
- (4) Staatliche Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Fischerei- und Aquakultursektors sind in die breiter angelegte Gemeinsame Fischereipolitik (im Folgenden die „GFP“) eingebettet, die mit der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates¹ eingeführt

¹ Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

wurde. Im Rahmen dieser Politik gewährt die Union finanzielle Unterstützung für den Fischerei- und Aquakultursektor mittels der Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates², mit der der Europäische Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (im Folgenden der „EMFAF“) eingerichtet wurde. Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen staatlicher Beihilfen sind die gleichen, unabhängig davon, ob sie (selbst teilweise) aus dem Unionshaushalt oder durch einen Mitgliedstaat finanziert werden. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass ihre Politik der Kontrolle der staatlichen Beihilfen und die im Rahmen der GFP durch den EMFAF gewährte Unterstützung aufeinander abgestimmt und kohärent sein müssen. Bei der Anwendung und Auslegung dieser Leitlinien berücksichtigt die Kommission die GFP-Vorschriften und die Vorschriften für den EMFAF. Folglich ist die Inanspruchnahme staatlicher Beihilfen nur gerechtfertigt, wenn dies mit den Zielen der GFP in Einklang steht.

- (5) Durch die GFP, deren Ziele in Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 festgelegt sind, soll insbesondere sichergestellt werden, dass Fischerei- und Aquakulturtätigkeiten langfristig umweltverträglich sind und auf eine Art und Weise durchgeführt werden, die mit den Zielen der Erreichung eines wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Nutzens und eines Beitrags zum Nahrungsmittelangebot vereinbar ist. Die GFP hat insbesondere folgende Ziele: a) schrittweise Einstellung der Rückwürfe auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung und unter Berücksichtigung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten durch Vermeidung und weitestmögliche Verringerung unerwünschter Beifänge und durch schrittweise Sicherstellung, dass Fänge angelandet werden; b) erforderlichenfalls die bestmögliche Nutzung der unerwünschten Beifänge, ohne jedoch einen Markt für diejenigen dieser Fänge, die unterhalb der Referenzmindestgröße für die Bestandserhaltung liegen, zu schaffen; c) Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass Fischfang- und Fischverarbeitungsindustrie und hiermit zusammenhängende Tätigkeiten an Land rentabel und wettbewerbsfähig sind; d) Festlegung von Maßnahmen zur Anpassung der Fangkapazitäten der Flotten an die Fangmöglichkeiten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013, damit die Flotten rentabel sind, ohne die biologischen Meeresressourcen zu überfischen; e) Förderung der Entwicklung nachhaltiger Aquakulturtätigkeiten in der Union, um zum Nahrungsmittelangebot, zur Nahrungsmittelsicherheit und zur Beschäftigung beizutragen; f) Beitrag zu einem angemessenen Lebensunterhalt derjenigen, die vom Fischfang abhängen, unter Berücksichtigung der Küstenfischerei und sozioökonomischer Aspekte; g) Beitrag zu einem effizienten und transparenten Binnenmarkt für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse und Beitrag zur Sicherstellung gleicher Ausgangsbedingungen für in der Union vermarktete Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse; h) Berücksichtigung der Interessen sowohl der Verbraucher als auch der Erzeuger; i) Förderung der Küstenfischerei unter Berücksichtigung sozioökonomischer Aspekte; j) Kohärenz mit den umweltrechtlichen Vorschriften der Union, insbesondere dem Ziel, bis spätestens 2020 einen guten ökologischen Zustand zu erreichen, wie es in Artikel 1 Absatz 1

²

Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 über den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1004 (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 1).

der Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³ festgeschrieben ist, sowie mit anderen Politikbereichen der Union. Insgesamt sollte die staatliche Beihilfe im Einklang mit den Zielen der GFP nicht zu einer Erhöhung der Fangkapazität der Fischereiflotte, zu Überfischung oder zur Verlagerung des Fischereiaufwands, der eine solche Überfischung zufolge haben könnte, führen.

- (6) Im allgemeinen Aufbau des EMFAF umfasst die Unterstützung Interventionen, die zu den Zielen der GFP gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 beitragen. Zu diesem Zweck werden im EMFAF vier Prioritäten für die Unterstützung und spezifische Ziele festgelegt, die mit einer Intervention verfolgt werden sollten. Die Prioritäten des EMFAF gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2021/1139 umfassen: i) die Förderung nachhaltiger Fischereien und die Wiederherstellung und Erhaltung aquatischer biologischer Ressourcen (Priorität 1) und ii) die Förderung nachhaltiger Aquakulturtätigkeiten sowie der Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen als Beitrag zur Ernährungssicherheit in der Union (Priorität 2). In Bezug auf Priorität 1 lauten die spezifischen Ziele wie folgt: a) Stärkung wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiger Fischereitätigkeiten; b) Steigerung der Energieeffizienz und Senkung der CO₂ Emissionen durch den Austausch oder die Modernisierung der Maschinen von Fischereifahrzeugen; c) Förderung der Anpassung der Fangkapazität an die Fangmöglichkeiten in Fällen der endgültigen Einstellung der Fischereitätigkeiten und Beitrag zu einem angemessenen Lebensstandard in Fällen der vorübergehenden Einstellung der Fischereitätigkeiten; d) Förderung einer wirksamen Fischereiaufsicht und Durchsetzung der Fischereivorschriften, einschließlich der Bekämpfung der IUU-Fischerei, und zuverlässiger Daten im Interesse einer wissensbasierten Beschlussfassung; e) Förderung gleicher Wettbewerbsbedingungen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse aus Regionen in äußerster Randlage und f) Beitrag zum Schutz und zur Wiederherstellung der aquatischen Biodiversität und Ökosysteme. In Bezug auf Priorität 2 lauten die spezifischen Ziele wie folgt: a) Förderung nachhaltiger Aquakulturtätigkeiten, insbesondere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Aquakulturproduktion bei gleichzeitiger Sicherstellung der langfristigen Umweltverträglichkeit dieser Tätigkeiten und b) Förderung der Vermarktung, der Qualität und des Mehrwerts von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen sowie der Verarbeitung dieser Erzeugnisse.
- (7) Im Jahr 2019 leitete die Kommission eine Evaluierung der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor⁴ ein, die gezeigt hat, dass der Rahmen für staatliche Beihilfen für den Fischerei- und Aquakultursektor insgesamt wirksam ist, Wettbewerbsverfälschungen und Auswirkungen auf den Handel minimiert, Transparenz, Kohärenz und Rechtssicherheit erhöht und zur Verwirklichung der GFP-Ziele beigetragen hat.⁵ Einige gezielte Anpassungen sind jedoch für die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeiten in der Fischerei und Aquakultur erforderlich, um die Vorschriften für staatliche Beihilfen in diesem Sektor mit dem EMFAF und den horizontalen Vorschriften für die Kontrolle staatlicher Beihilfen in Einklang zu bringen und damit zusammenhängenden

³ Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie) (ABl. L 164 vom 25.6.2008, S. 19).

⁴ ABl. C 217 vom 2.7.2015, S. 1.

⁵ [Verweis auf SWD].

politischen Maßnahmen, die sich aus dem europäischen Grünen Deal⁶ im Rahmen der Abwägungsprüfung ergeben, Rechnung zu tragen (Teil I Abschnitt 3.2.6).

Kapitel 2.

2. ANWENDUNGSBEREICH, PFLICHT ZUR ANMELDUNG UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

2.1. Anwendungsbereich dieser Leitlinien und Auswirkungen des EMFAF

2.1.1 Anwendungsbereich

- (8) In diesen Leitlinien werden die Grundsätze dargelegt, nach denen die Kommission bewertet, ob eine Beihilfe für den Fischerei- und Aquakultursektor gemäß Artikel 107 Absatz 2 oder Absatz 3 AEUV als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden kann.
- (9) Diese Leitlinien gelten für alle Beihilfen für den Fischerei- und Aquakultursektor, einschließlich der Bestandteile der Regionalbeihilfen, die den Fischerei- und Aquakultursektor betreffen. Ebenso finden sie auf alle anderen Beihilfen Anwendung, die dem Fischerei- und Aquakultursektor im Rahmen der Unionsfonds gewährt werden.
- (10) Diese Leitlinien gelten für alle Unternehmen. Große Unternehmen sind tendenziell durch Marktdefizite weniger beeinträchtigt als kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Darüber hinaus sind große Unternehmen, die im Fischerei- und Aquakultursektor tätig sind, meist wichtige Akteure auf dem Markt, und folglich können in bestimmten Fällen Beihilfen für große Unternehmen den Wettbewerb besonders stark verzerren und den Handel im Binnenmarkt beeinträchtigen. Beihilfen für große Unternehmen, die im Fischerei- und Aquakultursektor tätig sind, können potenziell den Wettbewerb verzerren, weshalb die in diesen Leitlinien vorgesehenen Vorschriften für staatliche Beihilfen für große Unternehmen auf die allgemeinen Vorschriften für staatliche Beihilfen abgestimmt werden und den gemeinsamen Bewertungsgrundsätzen in Teil I Kapitel 3 dieser Leitlinien unterliegen.
- (11) Unternehmen in Schwierigkeiten fallen vorbehaltlich der unter dieser Randnummer genannten Ausnahmen nicht in den Anwendungsbereich dieser Leitlinien. Nach Ansicht der Kommission kann ein Unternehmen, das aufgrund finanzieller Schwierigkeiten in seiner Existenz bedroht ist, nicht als geeignetes Vehikel zur Verwirklichung anderer politischer Ziele dienen, bis seine Rentabilität gewährleistet ist. In den Fällen, in denen es sich bei dem Begünstigten um ein Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten gemäß Randnummer 30 Buchstabe q dieser Leitlinien handelt, wird die Beihilfe anhand der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten⁷ bewertet. Der Grundsatz, Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten keine staatlichen Beihilfen zu gewähren, gilt jedoch nicht für Beihilfen zum Ausgleich von Schäden infolge von Naturkatastrophen

⁷ ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1.

und außergewöhnlichen Ereignissen gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.1 dieser Leitlinien, die nach Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Wenn die finanziellen Schwierigkeiten eines im Fischerei- und Aquakultursektor tätigen Unternehmens durch die in Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.2 oder 1.3 dieser Leitlinien genannten Risikoereignisse oder durch geschützte Tiere gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) XX der Kommission [NEW FIBER]⁸ verursacht wurden, können Beihilfen im Einklang mit diesen Leitlinien gewährt werden und nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar sein. Aus Gründen der Notlage und des Schutzes der öffentlichen Gesundheit sollte die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens bei Beihilfen zur Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.3 dieser Leitlinien nicht berücksichtigt werden.

- (12) Bei der Beurteilung von Beihilfen zugunsten eines Unternehmens, das einer Einziehungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt noch nicht nachgekommen ist, wird die Kommission dem noch zurückzuerstattenden Beihilfebetrag Rechnung tragen.⁹ Dies gilt nicht für Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind, im Sinne von Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV (Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.1 dieser Leitlinien).

2.1.2 Beihilfen für sonstige Maßnahmen

- (13) Entspricht eine Beihilfe keiner der in Teil II Kapitel 1 und 2 sowie Teil I Kapitel 2 Abschnitte 2.2 und 2.3 dieser Leitlinien genannten Beihilfearten, so ist sie grundsätzlich nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar. Möchte ein Mitgliedstaat eine solche Beihilfe trotzdem gewähren oder gewährt er sie, so prüft die Kommission diese auf Einzelfallbasis unmittelbar auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 3 AEUV unter Berücksichtigung der Grundsätze aus den Artikeln 107, 108 und 109 AEUV und entsprechend dieser Leitlinien. Die Mitgliedstaaten müssen eindeutig nachweisen, dass die Beihilfe mit den in Teil I Kapitel 3 dieser Leitlinien dargelegten Grundsätzen im Einklang steht. Die Kommission wird solche Beihilfen nur genehmigen, wenn die positiven Auswirkungen auf die Entwicklung des Sektors das Risiko von Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt und die Auswirkungen auf den Handel zwischen Mitgliedstaaten eindeutig aufwiegen.

2.1.3 Wirkung der Verordnung (EU) 2021/1139

- (14) Artikel 42 AEUV sieht vor, dass das Kapitel des AEUV über die Wettbewerbsregeln, zu denen auch die Vorschriften für staatliche Beihilfen

⁸ Verordnung (EU) .../... der Kommission vom ... zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union [Amtsblattfundstelle].

⁹ Siehe verbundene Rechtssachen T-244/93 und T-486/93 *TWD Textilwerke Deggendorf GmbH/Kommission*, ECLI:EU:T:1995, Rn. 160.

zählen, nur in dem vom Europäischen Parlament und dem Rat festgelegten Maß auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen – worunter auch der Fischerei- und Aquakultursektor fällt – Anwendung findet.

- (15) Gemäß Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1139 gelten für Beihilfen der Mitgliedstaaten an Unternehmen des Fischerei- und Aquakultursektors die Artikel 107, 108 und 109 AEUV. Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/1139 sieht jedoch eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel vor, wonach die Artikel 107, 108 und 109 AEUV nicht für Zahlungen gelten, die von den Mitgliedstaaten entsprechend der Verordnung (EU) 2021/1139 getätigt werden und in den Anwendungsbereich des Artikels 42 AEUV fallen. Gemäß Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/1139 gelten die Artikel 107, 108 und 109 AEUV, wenn nationale Vorschriften eine öffentliche Finanzierung für den Fischerei- und Aquakultursektor vorsehen, die über die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/1139 hinausgeht. In diesem Fall gelten die Vorschriften für staatliche Beihilfen (Artikel 107, 108 und 109 AEUV) für diese öffentliche Finanzierung insgesamt. Daher gelten die Vorschriften für staatliche Beihilfen a) im Rahmen der EMFAF-Verordnung für i) öffentliche Finanzierungen, die über die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/1139 hinausgehen, und ii) Zahlungen gemäß der Verordnung (EU) 2021/1139, die nicht unter den Fischerei- und Aquakultursektor im Sinne von Artikel 42 AEUV fallen, und b) für nationale Zahlungen, die außerhalb der Verordnung (EU) 2021/1139 getätigt werden.
- (16) Der EMFAF basiert auf einer einfachen Architektur ohne vordefinierte Maßnahmen oder detaillierte vorgeschriebene Beihilfefähigkeitsregeln auf Unionsebene. Stattdessen werden für jede Priorität umfassende spezifische Ziele beschrieben. Die Mitgliedstaaten sollten daher in ihrem Programm angeben, welche Mittel am besten geeignet sind, um die Prioritäten des EMFAF umzusetzen. Eine Vielzahl von Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten in diesen Programmen mit geteilter Mittelverwaltung vorgelegt wurden, könnten nach den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/1139 und der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates¹⁰ unterstützt werden.
- (17) Einige von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/1139 geleistete Zahlungen stellen möglicherweise keine Zahlungen an den Fischerei- und Aquakultursektor dar, da sie nicht unter Artikel 42 AEUV fallen. Dies kann beispielsweise bei bestimmten Zahlungen für Vorhaben gemäß den Artikeln 14, 23, 25, 29, 30, 31, 32, 33 und 34 der Verordnung (EU) 2021/1139 der Fall sein.
- (18) Für Zahlungen im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/1139, die nicht in den Fischerei- und der Aquakultursektor fallen, gelten die Vorschriften des AEUV für staatliche Beihilfen. Wenn diese Zahlungen eine staatliche Beihilfe darstellen, sollten sie anhand der einschlägigen Beihilfeinstrumente bewertet werden.
- (19) Diese Leitlinien gelten nicht für Beihilfen, die als zusätzliche Finanzmittel für die Umsetzung des in den Artikeln 24, 35, 36 und 37 der Verordnung (EU) 2021/1139

¹⁰ Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159).

genannten Ausgleichs gewährt werden. Gewähren die Mitgliedstaaten zusätzliche Finanzmittel zur Unterstützung des Ausgleichs für Mehrkosten, die Unternehmern im Fischfang, in der Fischzucht, in der Verarbeitung und Vermarktung bestimmter Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse aus den Gebieten in äußerster Randlage gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) 2021/1139 entstehen, so müssen die Mitgliedstaaten die staatlichen Beihilfen der Kommission melden, die sie gemäß der Verordnung (EU) 2021/1139 als Teil dieses Ausgleichs genehmigen kann. Diese staatlichen Beihilfen gelten als angemeldet im Sinne von Artikel 108 Absatz 3 Satz 1 AEUV.

2.2. Horizontale und andere Beihilfeinstrumente für den Fischerei- und Aquakultursektor

- (20) Fällt eine Beihilfe in den Anwendungsbereich bestimmter horizontaler Leitlinien oder sonstiger von der Kommission erlassener Instrumente, prüft die Kommission eine solche Beihilfe anhand der Grundsätze in Teil I Kapitel 3 dieser Leitlinien sowie der entsprechenden Abschnitte der genannten horizontalen und anderen Beihilfeinstrumente.
- (21) Diese horizontalen Leitlinien und anderen Instrumente umfassen die Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender Ausbildungsbeihilfen mit dem Gemeinsamen Markt¹¹, die Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen¹², den Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation¹³, die Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020¹⁴, die Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten¹⁵ und die Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender staatlicher Beihilfen für die Beschäftigung von benachteiligten und behinderten Arbeitnehmern mit dem gemeinsamen Markt¹⁶.
- (22) Die Leitlinien für Regionalbeihilfen 2022-2027¹⁷ gelten nicht für den Fischerei- und Aquakultursektor, es sei denn, in diesem Sektor werden staatliche Beihilfen im Rahmen einer horizontalen regionalen Betriebsbeihilferegelung gewährt.

2.3. Beihilfen für Maßnahmenkategorien, die unter eine Gruppenfreistellungsverordnung fallen

- (23) Ist eine Beihilfe für KMU oder große Unternehmen von derselben Art wie eine Beihilfe innerhalb einer Gruppe von Beihilfen, die gemäß einer der unter Randnummer 27 Buchstabe a aufgeführten Gruppenfreistellungsverordnungen als

¹¹ Mitteilung der Kommission – Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender Ausbildungsbeihilfen mit dem Gemeinsamen Markt, ABl. C 188 vom 11.8.2009, S. 1).

¹² Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen (ABl. C 19 vom 22.1.2014, S. 4).

¹³ Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. C 198 vom 27.6.2014, S. 1).

¹⁴ ABl. C 200 vom 28.6.2014, S. 1.

¹⁵ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1).

¹⁶ Mitteilung der Kommission – Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender staatlicher Beihilfen für die Beschäftigung von benachteiligten und behinderten Arbeitnehmern mit dem gemeinsamen Markt (ABl. C 188 vom 11.8.2009, S. 6).

¹⁷ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für Regionalbeihilfen (ABl. C 153 vom 29.4.2021, S. 1).

mit dem Binnenmarkt vereinbar gelten kann, so prüft die Kommission die Beihilfe anhand der gemeinsamen Bewertungsgrundsätze in Teil I Kapitel 3 dieser Leitlinie und des vorliegenden Abschnitts sowie der Kriterien für jede in den genannten Verordnungen aufgeführte Gruppe von Beihilfen. Dies gilt beispielsweise für Beihilfen zur Beseitigung von durch geschützte Tiere verursachten Schäden gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) [NEW FIBER].

(24) Für Randnummer 23 gelten die folgenden besonderen Bedingungen:

- a) Beihilfen derselben Art wie die in Artikel 44 der Verordnung (EU) [NEW FIBER] genannte Gruppe von Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen entstanden sind, sind mit dem AEUV vereinbar, wenn sie die besonderen Bedingungen gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.1 dieser Leitlinien erfüllen;
- b) Beihilfen derselben Art wie die in Artikel 45 der Verordnung (EU) [NEW FIBER] genannte Gruppe von Beihilfen zur Beseitigung von Schäden infolge widriger Witterungsverhältnisse sind mit dem AEUV vereinbar, wenn sie die besonderen Bedingungen gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.2 dieser Leitlinien erfüllen.

2.4. Pflicht zur Anmeldung

- (25) Diese Leitlinien finden auf Beihilferegeln und Einzelbeihilfen Anwendung.
- (26) Die Kommission erinnert die Mitgliedstaaten daran, dass sie jede beabsichtigte Einführung einer neuen Beihilfe gemäß Artikel 108 Absatz 3 AEUV und Artikel 2 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates¹⁸ anmelden müssen.
- (27) Die Kommission erinnert die Mitgliedstaaten auch an die Fälle, in denen eine Mitteilung an die Kommission nicht erforderlich ist:
 - a) Beihilfen, die mit einer der auf der Grundlage des Artikels 1 der Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates¹⁹ erlassenen Gruppenfreistellungsverordnungen im Einklang stehen, wenn diese für den Fischerei- und Aquakultursektor gelten. Dabei handelt es sich insbesondere um
 - i) Beihilfen im Einklang mit der Verordnung (EU) [NEW FIBER] zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV und
 - ii) Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen zur Erschließung von KMU-Finanzierungen, Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Innovationsbeihilfen für KMU und Beihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer und Arbeitnehmer mit Behinderungen, [Beihilfen in Form von Steuererleichterungen gemäß der Richtlinie 2003/96/EG], regionale Investitionsbeihilfen für Gebiete in äußerster Randlage,

¹⁸ Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9).

¹⁹ Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates vom 13. Juli 2015 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 1).

regionale Betriebsbeihilferegelungen, Beihilfen für Projekte operationeller Gruppen der Europäischen Innovationspartnerschaft für Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft (EIP), Beihilfen für Projekte der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung (CLLD), Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit und Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten, ausgenommen Vorhaben, die in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission²⁰ aufgeführt sind, in Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission²¹;

- b) De-minimis-Beihilfen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 717/2014.
- (28) Die Mitgliedstaaten werden auch daran erinnert, dass das Finanzierungssystem, z. B. Finanzierung durch steuerähnliche Abgaben, integraler Bestandteil der Beihilfe ist (siehe Rechtssache T-275/11, Rn. 41-44²²).
- (29) Werden Beihilferegelungen durch Sonderabgaben, insbesondere steuerähnliche Abgaben, auf bestimmte Fischerei- oder Aquakulturerzeugnisse finanziert, unabhängig von deren Ursprung, so bewertet die Kommission die Regelung anhand der Grundsätze in Teil I Kapitel 3 und der Voraussetzungen des geltenden Abschnitts dieser Leitlinien. Nur Beihilfen, die in gleichem Maße für einheimische und für eingeführte Erzeugnisse gezahlt werden, können als mit dem Binnenmarkt vereinbar erachtet werden.

2.5. Begriffsbestimmungen

- (30) Für die Zwecke dieser Leitlinien bezeichnet der Ausdruck
- a) „Beihilfen“ alle Maßnahmen, die alle Voraussetzungen des Artikels 107 Absatz 1 AEUV erfüllen;
 - b) „Ad-hoc-Beihilfe“ eine Beihilfe, die nicht auf der Grundlage einer Regelung gewährt wird;
 - c) „Beihilfeintensität“ die in Prozent der beihilfefähigen Kosten ausgedrückte Höhe der Beihilfe vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben;
 - d) „Beihilferegelung“ eine Regelung, nach der Unternehmen, die in der Regelung in einer allgemeinen und abstrakten Weise definiert sind, ohne nähere Durchführungsmaßnahmen Einzelbeihilfen gewährt werden können, bzw. jede Regelung, nach der einem oder mehreren Unternehmen für unbestimmte Zeit

²⁰ Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45).

²¹ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1).

²² Rechtssache T-275/11 *Télévision française 1 (TF1)/Kommission*, EU:T:2013:535. Siehe auch Rechtssache C-174/02 *Streekgewest Westelijk Noord-Brabant*, EU:C:2005:10; Rechtssache C-526/04 *Laboratoires Boiron*, EU:C:2006:528; verbundene Rechtssachen C-78/90, C-79/90, C-80/90, C-81/90, C-82/90 und C-83/90 *Compagnie commerciale de l'Ouest/Receveur principal des douanes de La Pallice-Port*, EU:C:1992:118, und Rechtssache C-234/99 *Niels Nygård/Svineavgiftsfonden, und Ministeriet for Fødevarer*, EU:C:2002:244.

und/oder in unbestimmter Höhe Beihilfen gewährt werden können, die nicht an ein bestimmtes Vorhaben gebunden sind;

- e) „Tag der Gewährung der Beihilfe“ den Tag, an dem der Begünstigte nach dem geltenden nationalen Recht einen Rechtsanspruch auf die Beihilfe erwirbt;
- f) „Evaluierungsplan“ ein Dokument mit den folgenden Mindestangaben: Ziele zu der zu evaluierenden Beihilferegulierung; Evaluierungsfragen; Ergebnisindikatoren; für die Durchführung der Evaluierung vorgesehene Methode; Datenerfassungskriterien; vorgeschlagener Zeitplan für die Evaluierung, einschließlich des Termins für die Vorlage des abschließenden Evaluierungsberichts; Beschreibung des unabhängigen Gremiums, das die Evaluierung durchführt, oder der für seine Auswahl herangezogenen Kriterien sowie die Modalitäten für die Bekanntmachung der Evaluierung;
- g) „Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse“ die Erzeugnisse gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates²³;
- h) „Fischerei- und Aquakultursektor“ den Wirtschaftssektor, der alle Tätigkeiten der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- oder Aquakulturerzeugnissen umfasst;
- i) „Bruttosubventionsäquivalent“ die Höhe der Beihilfe, wenn diese als Zuschuss für den Begünstigten gewährt worden wäre, vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben;
- j) „Einzelbeihilfe“ eine Ad-hoc-Beihilfe bzw. Beihilfe, die einzelnen Begünstigten auf der Grundlage einer Beihilferegulierung gewährt wird;
- k) „invasive gebietsfremde Art von Bedeutung für Mitgliedstaaten“ eine invasive gebietsfremde Art im Sinne von Artikel 3 Nummer 4 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁴;
- l) „invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung“ eine invasive gebietsfremde Art im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014;
- m) „große Unternehmen“ Unternehmen, die die Voraussetzungen des Anhangs I der Verordnung (EU) [neue FIBER]²⁵ nicht erfüllen;
- n) „Betriebsbeihilfe“ eine Beihilfe, die darauf abzielt oder zur Folge hat, die Liquidität eines Unternehmens zu erhöhen, seine Produktionskosten zu senken oder seine Einkünfte zu steigern, insbesondere eine Beihilfe, die ausschließlich auf der Grundlage der erzeugten oder vermarkteten Menge, dem Preis der Erzeugnisse, der Stückzahl oder den Produktionsmitteln berechnet wird;
- o) „Gebiete in äußerster Randlage“ die in Artikel 349 AEUV²⁶ genannten Gebiete;

²³ Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 1).

²⁴ Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten (ABl. L 317 vom 4.11.2014, S. 35).

²⁵ [New FIBER]

- p) „KMU“ oder „Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen“ Unternehmen, die die Voraussetzungen in Anhang I der Verordnung (EU) [NEW FIBER]²⁷ erfüllen;
 - q) „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ein Unternehmen, das die Kriterien der Leitlinien der Kommission für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten²⁸ erfüllt;
- (31) Zusätzlich zu den unter Randnummer 30 aufgeführten Begriffsbestimmungen sind gegebenenfalls die Begriffsbestimmungen der jeweiligen unter den Randnummern 21, 22 und 27 Buchstabe a dieser Leitlinien aufgeführten Instrumente sowie die Begriffsbestimmungen der GFP und des EMFAF zu berücksichtigen.

Kapitel 3

3. GEMEINSAME BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

- (32) Nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV kann die Kommission Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete als mit dem Binnenmarkt vereinbar ansehen, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft.
- (33) Um zu bewerten, ob staatliche Beihilfen für den Fischerei- und Aquakultursektor als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können, wird die Kommission daher prüfen, ob die Beihilfemaßnahme die Entwicklung eines bestimmten Wirtschaftszweigs fördert (erste Voraussetzung) und ob sie die Handelsbedingungen in einer Weise verändert, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft (zweite Voraussetzung).
- (34) In diesem Kapitel erläutert die Kommission, wie sie die Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt durchführen wird. Sie definiert allgemeine Bedingungen für die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt und legt gegebenenfalls besondere Bedingungen für Beihilferegulungen und zusätzliche Bedingungen für Einzelbeihilfen fest, die der Anmeldepflicht unterliegen.
- (35) Bei der Bewertung nach Randnummer 33 berücksichtigt die Kommission folgende Aspekte:
- a) Erste Voraussetzung: Die Beihilfe dient der Förderung der Entwicklung eines Wirtschaftszweigs:
 - i) Ermittlung des betreffenden Wirtschaftszweigs (Abschnitt 3.1.1);
 - ii) Anreizeffekt: Die Beihilfe muss dazu führen, dass die betreffenden Unternehmen ihr Verhalten ändern und zusätzliche Tätigkeiten

²⁶ Guadeloupe, Französisch-Guyana, Martinique, Mayotte, Réunion, St. Martin, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 195).

²⁷ [New FIBER]

²⁸ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1).

aufnehmen, die sie ohne die Beihilfe nicht, nur in geringerem Umfang oder auf andere Weise ausüben würden (Abschnitt 3.1.2);

iii) die Beihilfe verstößt nicht gegen einschlägige Bestimmungen und allgemeine Grundsätze des Unionsrechts (Abschnitt 3.1.3).

b) Zweite Voraussetzung: Die Beihilfe verändert die Handelsbedingungen nicht in einer Weise, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft:

i) Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen: Die Beihilfe muss eine wesentliche Verbesserung bewirken, die der Markt selbst nicht herbeiführen kann, zum Beispiel durch Behebung von Marktversagen oder, falls anwendbar, Lösung eines Gleichheits- oder Kohäsionsproblems (Abschnitt 3.2.1);

ii) Geeignetheit der Beihilfe: Die geplante Beihilfe muss ein geeignetes Instrument für die Entwicklung des Wirtschaftszweigs sein (Abschnitt 3.2.2);

iii) Verhältnismäßigkeit der Beihilfe (Beschränkung der Beihilfe auf das erforderliche Minimum): Die Höhe und die Intensität der Beihilfe müssen auf das Minimum begrenzt sein, das erforderlich ist, damit die zusätzlichen Investitionen oder Tätigkeiten von dem/den betreffenden Unternehmen durchgeführt werden (Abschnitt 3.2.3);

iv) Transparenz der Beihilfe: Die Mitgliedstaaten, die Kommission, die Wirtschaftsbeteiligten und die Öffentlichkeit müssen einfachen Zugang zu allen einschlägigen Vorschriften und zu relevanten Informationen über die auf ihrer Grundlage gewährten Beihilfen haben (Abschnitt 3.2.4);

v) Vermeidung übermäßiger negativer Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel (Abschnitt 3.2.5);

vi) Abwägung der positiven und negativen Auswirkungen, die eine Beihilfe auf den Wettbewerb und den Handel zwischen Mitgliedstaaten haben kann (Abwägungsprüfung) (Abschnitt 3.2.6).

(36) Bei bestimmten Gruppen von Beihilferegelnungen kann für die Gesamtabwägung zudem eine Ex-post-Evaluierung gemäß den Randnummern 206 bis 209 verlangt werden. In solchen Fällen kann die Kommission die Laufzeit der betreffenden Regelungen begrenzen (in der Regel auf höchstens vier Jahre), wobei jedoch die Möglichkeit besteht, die Verlängerung der Regelungen anschließend zur Genehmigung anzumelden.

(37) Diese allgemeinen Kriterien für die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt gelten für alle unter diese Leitlinien fallenden Beihilfen, es sei denn, in Teil I Kapitel 3 Abschnitte 3.1 und 3.2 sind aufgrund besonderer, den Fischerei- und Aquakultursektor betreffender Erwägungen Ausnahmen vorgesehen.

3.1. Erste Voraussetzung: Die Beihilfe dient der Förderung der Entwicklung eines Wirtschaftszweigs

3.1.1. Geförderter Wirtschaftszweig

(38) Die Kommission ermittelt anhand der von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Informationen, welcher Wirtschaftszweig durch die angemeldete Beihilfemaßnahme gefördert wird.

- (39) Der Mitgliedstaat muss nachweisen, dass die Beihilfe auf die Förderung der Entwicklung des ermittelten Wirtschaftszweigs abzielt.
- (40) Die Kommission ist der Auffassung, dass Beihilfen, die in Übereinstimmung mit Teil II Kapitel 1 gewährt werden, die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit im Fischerei- und Aquakultursektor fördern können, da eine solche Entwicklung ohne Beihilfen nicht in gleichem Umfang erfolgen kann.

Zusätzliche Bedingungen für auf der Grundlage einer Regelung gewährte einzeln anzumeldende Beihilfen

- (41) Werden auf der Grundlage einer Regelung Beihilfen für einzeln anzumeldende Investitionsvorhaben gewährt, muss die Bewilligungsbehörde nachweisen, dass das ausgewählte Vorhaben einen Beitrag zum Ziel der Regelung und somit zu den Zielen von Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor leistet. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten die Informationen heranziehen, die der Antragsteller übermittelt hat und in denen die positiven Auswirkungen der Investition beschrieben sein müssen.

3.1.2. Anreizeffekt

- (42) Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor und in ländlichen Gebieten können nur dann als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden, wenn sie einen Anreizeffekt haben. Ein Anreizeffekt liegt vor, wenn die Beihilfe das Verhalten eines Unternehmens dahingehend ändert, dass es durch zusätzliche Tätigkeiten, die es ohne die Beihilfe entweder nicht, nur in geringerem Umfang oder auf andere Weise ausüben würde, einen Beitrag zur Entwicklung des Sektors leistet. Die Beihilfe darf jedoch weder eine Subvention für die Kosten einer Tätigkeit darstellen, die ein Unternehmen ohnehin zu tragen hätte, noch das übliche Geschäftsrisiko einer Wirtschaftstätigkeit ausgleichen.
- (43) Sofern das Unionsrecht oder diese Leitlinien Ausnahmen nicht ausdrücklich vorsehen, sind einseitige staatliche Beihilfemaßnahmen, die lediglich dazu bestimmt sind, die finanzielle Lage von Unternehmen zu verbessern, aber in keiner Weise zur Entwicklung des Fischerei- und Aquakultursektors beitragen, und vor allem Beihilfen, die allein auf der Grundlage von Preis, Menge, Produktionseinheit oder Betriebsmitteleinheit gewährt werden, als Betriebsbeihilfen anzusehen, die nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Ferner können derartige Beihilfen ihrer Natur nach auch die Mechanismen der gemeinsamen Marktorganisation beeinträchtigen.
- (44) Betriebsbeihilfen und Beihilfen zur Förderung der Einhaltung verbindlicher Normen sind grundsätzlich nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar, es sei denn, in den Rechtsvorschriften der Union oder diesen Leitlinien sind ausdrücklich Ausnahmen vorgesehen, und in anderen ordnungsgemäß begründeten Fällen.
- (45) Die in diesen Leitlinien genannten Beihilfen gemäß Teil II Kapitel 1 und Beihilfen gemäß Artikel 46 [NEW FIBER] sollten auf die Unterstützung von Unternehmen beschränkt sein, die im Fischerei- und Aquakultursektor tätig und mit unterschiedlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind, obwohl sie angemessene Anstrengungen unternommen haben, um diese Risiken zu minimieren. Staatliche Beihilfen dürfen Unternehmen nicht dazu verleiten, unnötige Risiken einzugehen.

Im Fischerei- und Aquakultursektor tätige Unternehmen müssen die Folgen einer gewagten Wahl von Produktionsmethoden oder Erzeugnissen selber tragen.

- (46) Aus den unter Randnummer 42 erläuterten Gründen schließt die Kommission einen Anreizeffekt für den Begünstigten aus, wenn die Arbeiten an dem betreffenden Vorhaben oder die betreffenden Tätigkeiten bereits aufgenommen wurden, bevor der Begünstigte bei den nationalen Behörden einen Beihilfeantrag gestellt hat.
- (47) Der Beihilfeantrag muss mindestens die folgenden Angaben enthalten: Name des Antragstellers und Größe des Unternehmens, Beschreibung des Vorhabens oder der Tätigkeit, einschließlich Standort sowie Zeitpunkt des Beginns und des Abschlusses des Vorhabens, für die Durchführung benötigter Beihilfebetrug und beihilfefähige Kosten.
- (48) Darüber hinaus müssen große Unternehmen in ihrem Antrag die Situation beschreiben, die ohne Beihilfe bestehen würde (als kontrafaktische Fallkonstellation oder alternatives Vorhaben oder alternative Tätigkeit bezeichnet), und ihre im Antrag vorgenommenen Ausführungen zur kontrafaktischen Fallkonstellation durch Nachweise untermauern. Diese Anforderung gilt nicht für Gemeinden, bei denen es sich um autonome Gebietskörperschaften mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5000 Einwohnern handelt.
- (49) Die Bewilligungsbehörde muss nach Eingang eines Antrags die Plausibilität der kontrafaktischen Fallkonstellation prüfen und bestätigen, dass die Beihilfe den erforderlichen Anreizeffekt hat. Eine kontrafaktische Fallkonstellation ist plausibel, wenn sie unverfälscht die Faktoren wiedergibt, die zum Zeitpunkt der Entscheidung des Begünstigten in Bezug auf das betreffende Vorhaben oder die betreffende Tätigkeit maßgeblich waren.
- (50) Abweichend von den Randnummern 46 bis 47 gelten Beihilfen in Form von Steuervorteilen, die KMU gewährt werden, als Beihilfen mit Anreizeffekt, wenn die Beihilferegelung einen auf objektiven Kriterien beruhenden Anspruch auf die Beihilfe begründet, ohne dass es zusätzlich einer Ermessensentscheidung des Mitgliedstaats bedarf, und wenn die Beihilferegelung eingeführt wurde und in Kraft ist, bevor mit den Arbeiten für das geförderte Vorhaben oder die geförderte Tätigkeit begonnen wird. Letztere Bedingung gilt jedoch nicht für steuerliche Folgeregeln, sofern die Tätigkeit bereits unter die früheren steuerlichen Regelungen in Form von Steuervergünstigungen fiel.
- (51) Beihilfen, die als Ausgleich im Sinne von Teil II Kapitel 1 Abschnitte 1.1, 1.2 und 1.3 gewährt werden, und Beihilfen, die die Voraussetzungen von Teil II Kapitel 2 Abschnitte 2.1 und 2.2 erfüllen, und Beihilfen zum Ausgleich von Schäden durch geschützte Tiere gemäß Artikel 46 [NEW FIBER] müssen keinen Anreizeffekt haben bzw. gelten als Beihilfen mit Anreizeffekt.

Zusätzliche Bedingungen für einzeln anzumeldende Investitionsbeihilfen

- (52) Bei einzeln anzumeldenden Investitionsbeihilfen muss der Mitgliedstaat nicht nur die Anforderungen gemäß den Randnummern 42 und 45 bis 50 erfüllen, sondern auch eindeutige Nachweise dafür vorlegen, dass die Beihilfe tatsächlich die Investitionsentscheidung beeinflusst. Damit eine umfassende Bewertung möglich

ist, muss der Mitgliedstaat nicht nur Angaben zum geförderten Vorhaben machen, sondern auch eine ausführliche Beschreibung der kontrafaktischen Fallkonstellation (in der dem Begünstigten von keiner Behörde eine Beihilfe gewährt wird) übermitteln.

- (53) Die Mitgliedstaaten sollten möglichst offizielle Vorstandsunterlagen, Risikobewertungen, einschließlich einer Bewertung der standortspezifischen Risiken, Finanzberichte, interne Geschäftspläne, Sachverständigengutachten und Studien zu dem zu bewertenden Investitionsvorhaben heranziehen. Diese Unterlagen müssen aus der Zeit stammen, in der die Entscheidung über die Investition oder den Standort getroffen wurde. Unterlagen, die Angaben zu Nachfrage-, Kosten- und Finanzprognosen enthalten, einem Investitionsausschuss vorgelegte Unterlagen, in denen verschiedene Investitionsszenarien untersucht werden, sowie den Finanzinstituten vorgelegte Unterlagen können den Mitgliedstaaten dabei helfen, den Anreizeffekt nachzuweisen.
- (54) Vor diesem Hintergrund kann das Rentabilitätsniveau mithilfe der in dem jeweiligen Sektor üblichen Methoden festgestellt werden, z. B. Methoden zur Feststellung des Kapitalwerts (net present value – NPV)²⁹, des internen Zinsfußes (internal rate of return – IRR)³⁰ oder der durchschnittlichen Kapitalrendite (return on capital employed – ROCE) des Vorhabens. Die Rentabilität des Vorhabens ist mit den normalen Renditesätzen zu vergleichen, die der Begünstigte bei anderen ähnlichen Investitionsvorhaben zugrunde legt. Sind diese Sätze nicht bekannt, ist die Rentabilität des Projekts mit den Kapitalkosten des Unternehmens insgesamt oder den in dem jeweiligen Sektor üblichen Renditesätzen zu vergleichen.
- (55) Wenn keine spezifische kontrafaktische Fallkonstellation bekannt ist, kann von einem Anreizeffekt ausgegangen werden, wenn eine Finanzierungslücke besteht, d. h., wenn die Investitionskosten höher sind als der Kapitalwert der durch die Investition ermöglichten Betriebseinnahmen, die nach dem vorab erstellten Geschäftsplan zu erwarten waren.
- (56) Ändert die Beihilfe das Verhalten des Begünstigten nicht dahingehend, dass er zusätzliche Investitionen tätigt, so hat sie keine positiven Auswirkungen auf die Entwicklung des betreffenden Sektors. Daher werden Beihilfen nicht als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen, wenn sich zeigt, dass die Investition auch ohne Gewährung der Beihilfe getätigt worden wäre.

3.1.3. Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen und allgemeine Grundsätze des Unionsrechts

- (57) Wenn eine Beihilfemaßnahme oder die mit ihr verbundenen Bedingungen, einschließlich der Finanzierungsmethode, falls diese fester Bestandteil einer solchen Maßnahme ist, oder die damit finanzierten Tätigkeiten zu einem Verstoß

²⁹ Der Kapitalwert eines Vorhabens ist die Differenz zwischen den im Laufe des Investitionszeitraums anfallenden positiven und negativen Zahlungsströmen, die auf ihren Barwert abgezinst werden (in der Regel auf der Grundlage der Kapitalkosten).

³⁰ Der interne Zinsfuß basiert nicht auf bilanzierten Gewinnen in einem bestimmten Jahr, sondern berücksichtigt die künftigen Zahlungsströme, mit denen der Investor über den gesamten Investitionszeitraum rechnet. Der interne Zinsfuß ist definiert als der Diskontierungssatz, bei dem der Kapitalwert der Zahlungsströme null beträgt.

gegen einschlägiges Unionsrecht führen, kann die Beihilfe nicht für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden.³¹

- (58) Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass jeder Begünstigte einer staatlichen Beihilfemaßnahme die GFP-Vorschriften einhält.
- (59) Ein Beihilfeantrag oder, falls kein Antrag erforderlich ist, eine gleichwertige Handlung ist als unzulässig anzusehen, wenn die zuständige Behörde gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1139 festgestellt hat, dass der betreffende Wirtschaftsbeteiligte einen/eines oder mehrere der darin genannten Verstöße oder Vergehen gemäß dem genannten Absatz oder einen Betrug gemäß Artikel 11 Absatz 3 der genannten Verordnung begangen hat. Es gilt die in den gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Verordnung erlassenen delegierten Rechtsakten festgelegte Dauer der Unzulässigkeit. Dieser Grundsatz gilt nicht für Beihilfen, die die besonderen Bedingungen gemäß Teil II, Kapitel 1, Abschnitte 1.1, 1.2 und 1.3 dieser Leitlinien erfüllen.
- (60) Jedes Unternehmen muss nach der Beantragung einer Beihilfe oder, falls kein Antrag erforderlich ist, einer gleichwertigen Handlung bis zum Abschluss des Vorhabens und für einen Zeitraum von fünf Jahren nach der Abschlusszahlung an den Begünstigten weiterhin die GFP-Vorschriften einhalten. Beihilfemaßnahmen müssen ausdrücklich vorsehen, dass der Begünstigte oder die Begünstigten während dieser Zeiten die GFP-Vorschriften einhält/einhalten. Stellt die zuständige Behörde fest, dass ein Begünstigter während dieser Zeiten einen oder mehrere der in Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1139 genannten Verstöße begangen hat, und darf dieser Begünstigte demzufolge keine Beihilfe beantragen, so ist die Beihilfe vom Begünstigten zurückzuzahlen. Dieser Grundsatz gilt nicht für Beihilfen, die die besonderen Bedingungen gemäß Teil II, Kapitel 1 Abschnitt 1.1 dieser Leitlinien erfüllen.
- (61) Für Tätigkeiten im Zusammenhang mit nicht beihilfefähigen Vorhaben gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2021/1139 darf keine Beihilfe gewährt werden, sofern in diesen Leitlinien nichts anderes bestimmt ist.

3.2. Zweite Voraussetzung: Die Beihilfe verändert die Handelsbedingungen nicht in einer Weise, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft

- (62) Nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV dürfen Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete nur als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden, „soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft“.
- (63) In diesem Abschnitt wird beschrieben, wie die Kommission ihren Ermessensspielraum ausübt, wenn sie bewertet, ob die zweite Voraussetzung im Rahmen der unter Randnummer 35 Buchstabe b genannten Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt erfüllt ist.

³¹ Siehe z. B. Rechtssache C-156/98 *Deutschland/Kommission*, ECLI:EU:C:2000:467, Rn. 78; Rechtssache C-333/07, *Société Régie Networks/Rhône-Alpes Bourgogne*, EU:C:2008:764, Rn. 94 bis 116; Rechtssache C-594/18 P, *Österreich/Kommission*, EU:C:2020:742, Rn. 44 und Rechtssache C-67/09 P, *Nuova Agricast/Kommission*, EU:C:2010:607, Rn. 51.

- (64) Jede Beihilfemaßnahme verursacht ihrem Wesen nach Wettbewerbsverzerrungen und hat Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten. Um jedoch zu ermitteln, ob die verzerrenden Auswirkungen der Beihilfe auf ein Minimum begrenzt sind, überprüft die Kommission, ob die Beihilfe notwendig, geeignet, verhältnismäßig und transparent ist.
- (65) Anschließend bewertet die Kommission die verzerrenden Auswirkungen der Beihilfe auf den Wettbewerb und die Handelsbedingungen. Abschließend wägt die Kommission die positiven Auswirkungen der Beihilfe gegen die negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel ab. Überwiegen die positiven Auswirkungen die negativen Auswirkungen, erklärt die Kommission die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt vereinbar.
- (66) Die Vereinbarkeit von Beihilfen mit den in den Abschnitten 3.2.1 bis 3.2.6 dieses Kapitels festgelegten Bedingungen ist im spezifischen Kontext der GFP-Vorschriften und insbesondere der Vorschriften für den EMFAF zu betrachten.

3.2.1. Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen

- (67) Um zu bewerten, ob eine staatliche Beihilfe zur Erreichung des angestrebten Ergebnisses erforderlich ist, muss zunächst das Problem identifiziert werden. Staatliche Beihilfen müssen gezielt auf Situationen ausgerichtet sein, in denen sie eine wesentliche Entwicklung bewirken können, die der Markt nicht herbeiführen kann, z. B. die Behebung eines Marktversagens im Zusammenhang mit der geförderten Tätigkeit oder Investition.
- (68) Durch staatliche Beihilfen kann unter bestimmten Voraussetzungen Marktversagen behoben und damit zum effizienten Funktionieren von Märkten und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen werden.
- (69) Für die Zwecke dieser Leitlinien geht die Kommission davon aus, dass der Markt im Falle von Beihilfen, die die besonderen Bedingungen gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitte 1.1, 1.2 und 1.3, Teil II Kapitel 2 Abschnitt 2.2 und Teil I Kapitel 2 Abschnitt 2.3 dieser Leitlinien erfüllen, die erwarteten Ziele nicht ohne staatliche Intervention erbringt. Daher werden solche Beihilfen als notwendig angesehen.

3.2.2. Geeignetheit der Beihilfe

- (70) Die geplante Beihilfe muss ein geeignetes Instrument für die Entwicklung des Wirtschaftszweigs sein. Eine Beihilfe wird als mit dem Binnenmarkt nicht vereinbar erachtet, wenn dieselben positiven Auswirkungen auf die Ziele der GFP mit anderen politischen Instrumenten oder Beihilfearten erzielt werden können, die den Wettbewerb weniger verzerren. Es kann möglicherweise sinnvollere Instrumente wie Regulierung, marktgestützte Instrumente, Entwicklung der Infrastruktur und Verbesserung des Geschäftsumfelds geben, um diese Ziele zu erreichen.
- (71) Die Kommission ist der Auffassung, dass Beihilfen, die die besonderen Bedingungen von Teil II Kapitel 1 Abschnitte 1.1, 1.2 und 1.3, Teil II Kapitel 2 Abschnitt 2.2 und Teil I Kapitel 2 Abschnitt 2.3 erfüllen, ein geeignetes politisches Instrument darstellen. Eine Beihilfemaßnahme derselben Art wie ein Vorhaben, das für eine Förderung im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/1139 in

Betracht kommt, ist angemessen, wenn sie den einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung entspricht.

- (72) In allen anderen Fällen muss der Mitgliedstaat nachweisen, dass es keine anderen weniger wettbewerbsverzerrenden Instrumente gibt.

Geeignetheit verschiedener Beihilfeformen

- (73) Beihilfen können in unterschiedlicher Form gewährt werden. Der Mitgliedstaat muss jedoch sicherstellen, dass die Beihilfeform gewählt wird, von der die geringsten Verzerrungen von Handel und Wettbewerb zu erwarten sind.
- (74) Die Kommission ist der Auffassung, dass Beihilfen, die in der in diesen Leitlinien oder im Rahmen der jeweiligen EMFAF-Intervention gemäß der Verordnung (EU) 2021/1139 vorgesehenen Form gewährt werden, eine geeignete Form der Beihilfe darstellen.
- (75) Wird die Beihilfe in einer Form gewährt, die dem Begünstigten einen direkten finanziellen Vorteil verschafft (zum Beispiel Direktzuschüsse, Befreiungen oder Ermäßigungen von Steuern oder Sozial- oder sonstigen Pflichtabgaben), muss der Mitgliedstaat nachweisen, dass andere, möglicherweise weniger wettbewerbsverzerrende Beihilfeformen (zum Beispiel rückzahlbare Zuschüsse) oder auf Schuld- oder Eigenkapitalinstrumenten basierende Beihilfeformen (zum Beispiel zinsgünstige Kredite oder Zinszuschüsse, staatliche Garantien oder eine anderweitige Bereitstellung von Kapital zu Vorzugsbedingungen) weniger geeignet sind.
- (76) Die Prüfung der Vereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt erfolgt unbeschadet der geltenden Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen und der Grundsätze der Transparenz, der Offenheit und der Nichtdiskriminierung bei der Auswahl eines Dienstleistungserbringers.

3.2.3. Verhältnismäßigkeit der Beihilfe

- (77) Eine Beihilfe im Fischerei- und Aquakultursektor gilt als verhältnismäßig, wenn der Beihilfebetrug pro Begünstigtem auf das für die Durchführung der geförderten Tätigkeit erforderliche Minimum beschränkt ist.

Beihilfehöchstintensitäten und Beihilfehöchstbeträge

- (78) Damit die Beihilfe verhältnismäßig ist, darf nach Auffassung der Kommission der Beihilfebetrug die beihilfefähigen Kosten in der Regel nicht überschreiten.
- (79) Im Interesse der Berechenbarkeit und der Wahrung gleicher Ausgangsbedingungen sieht die Kommission in diesen Leitlinien die Anwendung von Beihilfehöchstintensitäten vor.
- (80) Werden die beihilfefähigen Kosten ordnungsgemäß berechnet und die Beihilfehöchstintensitäten und Beihilfehöchstbeträge gemäß Teil II Kapitel 1 und 2 dieser Leitlinien eingehalten, so gilt das Kriterium der Verhältnismäßigkeit als erfüllt.

- (81) Bei Beihilfemaßnahmen von der gleichen Art wie ein Vorhaben, das gemäß der Verordnung (EU) 2021/1139 beihilfefähig ist, gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Beihilfe als eingehalten, wenn der Beihilfebetrags nicht höher ist als die geltende Höchstintensität öffentlicher Beihilfen gemäß Artikel 41 Absätze 1 bis 4 und Anhang III der Verordnung (EU) 2021/1139.
- (82) Die Beihilfehöchstintensität und der Beihilfehöchstbetrag müssen von der Bewilligungsbehörde zum Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe berechnet werden. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen. Für die Berechnung der Beihilfeintensität oder des Beihilfebetrags und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen.
- (83) Die Mehrwertsteuer (MwSt.) ist nicht beihilfefähig, es sei denn, sie wird nicht nach nationalem Mehrwertsteuerrecht rückerstattet.
- (84) Werden Beihilfen nicht in Form von Zuschüssen gewährt, so entspricht der Beihilfebetrags ihrem Bruttosubventionsäquivalent.
- (85) In mehreren Tranchen zu zahlende Beihilfen werden auf ihren Wert zum Gewährungszeitpunkt abgezinst. Die beihilfefähigen Kosten werden auf ihren Wert zum Gewährungszeitpunkt abgezinst. Für die Abzinsung wird der zum Gewährungszeitpunkt geltende Abzinsungssatz zugrunde gelegt.
- (86) Werden Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen gewährt, so wird für die Abzinsung der Beihilfetranchen der Abzinsungssatz zugrunde gelegt, der zum jeweiligen Zeitpunkt gilt, an dem die Steuervergünstigung wirksam wird.
- (87) Mit Ausnahme von Teil II Kapitel 1 können Beihilfen nach folgenden vereinfachten Kostenoptionen gewährt werden:
- a) Einheitskosten;
 - b) Pauschalbeträge;
 - c) Pauschalfinanzierung.
- (88) Bei der Festsetzung des Beihilfebetrags ist Folgendes zu beachten:
- a) Es ist eine faire, ausgewogene und überprüfbare Berechnungsmethode anzuwenden, basierend auf
 - i) statistischen Daten, anderen objektiven Informationen oder einer Experteneinschätzung oder
 - ii) überprüften historischen Daten einzelner Begünstigter oder
 - iii) der Anwendung der üblichen Kostenrechnungspraxis einzelner Begünstigter.
 - b) Die Vorschriften für die Anwendung entsprechender Einheitskosten, Pauschalbeträge und Pauschalfinanzierungen, die in den Politikbereichen der Union für eine ähnliche Art von Vorhaben gelten, sind zu beachten.
- (89) Bei durch die EU kofinanzierten Maßnahmen können die beihilfefähigen Kosten im Einklang mit den vereinfachten Kostenoptionen gemäß der Verordnung (EU) 2021/1060 berechnet werden.
- (90) Bei der Bewertung der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt wird die Kommission Versicherungen berücksichtigen, die der Begünstigte abgeschlossen

hat oder hätte abschließen können. Um bei Beihilfen zum Ausgleich von Verlusten infolge widriger Witterungsverhältnisse oder außergewöhnlicher Klimaereignisse Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, darf eine Beihilfe zum Beihilfehöchstsatz nur an Unternehmen gewährt werden, für die kein Versicherungsschutz für die betreffenden Verluste möglich ist. Daher sind die Begünstigten zur weiteren Verbesserung des Risikomanagements dazu anzuhalten, nach Möglichkeit immer Versicherungen abzuschließen.

Zusätzliche Bedingungen für einzeln anzumeldende Investitionsbeihilfen und Investitionsbeihilfen für große Unternehmen im Rahmen angemeldeter Beihilferegelungen

- (91) Damit einzeln anzumeldende Investitionsbeihilfen als auf das Minimum begrenzt angesehen werden können, muss der Beihilfebetrags in der Regel den Nettomehrkosten für die Durchführung der Investition in dem betreffenden Gebiet im Vergleich zur kontrafaktischen Fallkonstellation ohne Beihilfe entsprechen³², wobei die Beihilfehöchstintensitäten als Obergrenze gelten. Auch bei Investitionsbeihilfen für große Unternehmen, die im Rahmen angemeldeter Beihilferegelungen gewährt werden, muss der Mitgliedstaat sicherstellen, dass der Beihilfebetrags auf der Grundlage eines „Nettomehrkosten-Ansatzes“ auf das erforderliche Minimum beschränkt ist, wobei die Beihilfehöchstintensitäten als Obergrenze gelten.
- (92) Der Beihilfebetrags darf das für eine hinreichend rentable Umsetzung des Vorhabens erforderliche Minimum nicht übersteigen; so darf z. B. der interne Zinsfuß des Vorhabens nicht über die von dem betreffenden Unternehmen in anderen ähnlichen Investitionsvorhaben zugrunde gelegten Renditesätze oder – wenn diese Sätze nicht verfügbar sind – über die Kapitalkosten des Unternehmens insgesamt oder aber über die in dem jeweiligen Sektor üblichen Renditesätze angehoben werden.
- (93) Bei Beihilfen für große Unternehmen im Rahmen angemeldeter Beihilferegelungen muss der Mitgliedstaat sicherstellen, dass der Beihilfebetrags den im Vergleich zur kontrafaktischen Fallkonstellation ohne staatliche Beihilfe anfallenden Nettomehrkosten für die Durchführung der Investition in dem betreffenden Gebiet entspricht. Die unter Randnummer 92 erläuterte Methode muss zusammen mit den Beihilfehöchstintensitäten zur Festlegung einer Obergrenze herangezogen werden.
- (94) Bei einzeln anzumeldenden Investitionsbeihilfen prüft die Kommission, ob die Beihilfe möglicherweise das für die hinreichende Rentabilität des Vorhabens erforderliche Minimum gemäß Randnummer 92 übersteigt. Die für die Analyse des Anreizeffekts verwendeten Berechnungen können auch zur Bewertung der Verhältnismäßigkeit der Beihilfe herangezogen werden. Der Mitgliedstaat muss die Verhältnismäßigkeit anhand geeigneter Unterlagen gemäß Randnummer 53 nachweisen.
- (95) Die zusätzlichen Bedingungen der Randnummern 91 bis 94 gelten nicht für unter Randnummer 48 genannte Gemeinden, bei denen es sich um autonome

³² Beim Vergleich kontrafaktischer Fallkonstellationen muss die Beihilfe um denselben Faktor wie die betreffende Investition in den kontrafaktischen Fallkonstellationen abgezinst werden.

Gebietskörperschaften mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5000 Einwohnern handelt.

Kumulierung von Beihilfen

- (96) Beihilfen können im Rahmen mehrerer Beihilferegelungen gleichzeitig gewährt oder mit Ad-hoc-Beihilfen kumuliert werden, sofern der Gesamtbetrag der staatlichen Beihilfen für eine Tätigkeit oder ein Vorhaben die in diesen Leitlinien festgesetzte Beihilfeintensität und Beihilfeobergrenze nicht übersteigt.
- (97) Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Beihilfen andere bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen. Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, die dieselben – sich teilweise oder vollständig überschneidenden – beihilfefähigen Kosten betreffen, kumuliert werden, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach diesen Leitlinien für diese Art von Beihilfen geltende Beihilfeintensität bzw. der höchste nach diesen Leitlinien für diese Art von Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.
- (98) Beihilfen gemäß diesen Leitlinien, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, kumuliert werden. Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, kumuliert werden, und zwar bis zu dem jeweils zulässigen Finanzierungshöchstbetrag, der für den jeweiligen Sachverhalt in dieser oder anderen Leitlinien für staatliche Beihilfen, einer Gruppenfreistellungsverordnung oder in einem Kommissionsbeschluss festgelegt ist.
- (99) Staatliche Beihilfen zugunsten des Fischerei- und Aquakultursektors dürfen nicht mit Zahlungen gemäß der Verordnung (EU) 2021/1139 zur Deckung derselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn dadurch die in diesen Leitlinien festgelegten Beihilfeintensitäten oder Beihilfebeträge überschritten würden.
- (100) Werden Unionsmittel, die von den Organen, Einrichtungen, gemeinsamen Unternehmen oder sonstigen Stellen der Union zentral verwaltet werden und nicht direkt oder indirekt der Kontrolle der Mitgliedstaaten unterstehen, mit staatlichen Beihilfen kombiniert, so werden bei der Feststellung, ob die Anmeldeschwellen und Beihilfehöchstintensitäten oder Beihilfehöchstbeträge eingehalten sind, nur die staatlichen Beihilfen berücksichtigt, sofern der Gesamtbetrag der für dieselben beihilfefähigen Kosten gewährten öffentlichen Mittel den in den einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts festgelegten günstigsten Finanzierungssatz nicht überschreitet.
- (101) Nach diesen Leitlinien zulässige staatliche Beihilfen dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung die in diesen Leitlinien festgelegten Beihilfeintensitäten oder Beihilfebeträge überschritten würden.

3.2.4. Transparenz

- (102) Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass die folgenden Informationen in der Beihilfentransparenzdatenbank (Transparency Award Module)³³ der Kommission oder auf einer ausführlichen nationalen oder regionalen Beihilfe-Website veröffentlicht werden:
- a) vollständiger Wortlaut der Beihilferegelung, einschließlich ihrer Durchführungsbestimmungen, oder Rechtsgrundlage von Einzelbeihilfen bzw. ein Link dazu;
 - b) Name(n) der Bewilligungsbehörde(n);
 - c) Namen der einzelnen Begünstigten, Art der Beihilfe und Beihilfebetrag je Begünstigtem, Tag der Gewährung, Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen), Region (auf NUTS-Ebene 2), in der der Begünstigte angesiedelt ist, sowie Hauptwirtschaftszweig, in dem der Begünstigte tätig ist (auf Ebene der NACE-Gruppe). Von dieser Anforderung kann bei Einzelbeihilfen, die den Schwellenwert von 10 000 EUR³⁴ nicht überschreiten, abgesehen werden.
- (103) Bei Beihilferegelungen in Form von Steuervergünstigungen können die Informationen zu den Beihilfebeträgen je Begünstigtem in folgenden Spannen angegeben werden (in Mio. EUR): 0,03 bis 0,5; über 0,5 bis 1; über 1 bis 2; über 2.
- (104) Die Veröffentlichung dieser Informationen muss nach Erlass des Beschlusses zur Gewährung der Beihilfe erfolgen, die Informationen müssen mindestens zehn Jahre lang aufbewahrt werden und ohne Einschränkungen öffentlich zugänglich sein.³⁵
- (105) Aus Gründen der Transparenz müssen die Mitgliedstaaten eine Berichterstattung sowie eine Überprüfung gemäß Teil III Abschnitt 4 vornehmen.

³³ „Öffentliche Suche in der Beihilfentransparenzdatenbank“ über die folgende Website: <https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public?lang=de>

³⁴ Der Schwellenwert von 10 000 EUR entspricht dem Schwellenwert für die Veröffentlichung von Informationen gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) [NEW FIBER]. Es ist angemessen, denselben Schwellenwert sowohl in der genannten Verordnung als auch in diesen Leitlinien festzulegen, um die Kohärenz zwischen den verschiedenen Instrumenten für staatliche Beihilfen für den Fischerei- und Aquakultursektor zu gewährleisten. Im Hinblick auf die mögliche Beeinträchtigung des Schutzes personenbezogener Daten steht die Anforderung der Veröffentlichung von Informationen über Einzelbeihilfen, die über den Schwellenwert von 10 000 EUR hinausgehen, in einem angemessenen Verhältnis zu dem damit verfolgten berechtigten Ziel, insbesondere was die Transparenz in Bezug auf die Verwendung öffentlicher Mittel angeht.

³⁵ Die Informationen sind innerhalb von sechs Monaten ab dem Tag der Beihilfegewährung (bzw. im Falle von Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen innerhalb eines Jahres ab dem Tag der Steuererklärung) zu veröffentlichen. Im Falle rechtswidriger Beihilfen sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, die nachträgliche Veröffentlichung der Informationen spätestens innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Kommissionsbeschlusses zu gewährleisten. Die Informationen müssen in einem Format zur Verfügung stehen, das es gestattet, Daten zu durchsuchen, zu extrahieren und einfach im Internet zu veröffentlichen (z. B. im Format CSV oder XML).

3.2.5. Übermäßige negative Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel

- (106) Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor können zu Verzerrungen auf dem Produktmarkt führen. Damit solche Beihilfen mit dem Binnenmarkt vereinbar sind, müssen die negativen Auswirkungen der Beihilfe hinsichtlich Wettbewerbsverzerrungen und Auswirkungen auf den Handel zwischen Mitgliedstaaten auf ein Minimum begrenzt sein. Die Kommission ist der Auffassung, dass in Fällen, in denen eine Beihilfe die besonderen Bedingungen von Teil II Kapitel 1 Abschnitte 1.1, 1.2 und 1.3, Teil II Kapitel 2 Abschnitt 2.2 und Teil I Kapitel 2 Abschnitt 2.3 erfüllt, die negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel auf ein Minimum beschränkt sind.
- (107) Die Mitgliedstaaten sollten Nachweise vorlegen, die es der Kommission ermöglichen, die betreffenden Produktmärkte zu ermitteln, d. h. die Märkte, die von der Verhaltensänderung des Begünstigten betroffen sind. Bei der Beurteilung der negativen Auswirkungen der Beihilfe wird der Schwerpunkt der Analyse der Wettbewerbsverzerrungen auf den voraussichtlichen Auswirkungen der Beihilfe auf den Wettbewerb zwischen Unternehmen auf den betroffenen Produktmärkten³⁶ im Fischerei- und Aquakultursektor liegen.
- (108) Zunächst gilt, dass die negativen Auswirkungen der Beihilfe abgeschwächt werden und das Risiko von durch die Beihilfe verursachten unangemessenen Wettbewerbsverzerrungen verringert wird, wenn die Beihilfe zielgerichtet, verhältnismäßig und auf die Nettomehrkosten begrenzt ist. Zudem wird die Kommission Beihilfehöchstintensitäten oder Beihilfehöchstbeträge festlegen. Dadurch soll verhindert werden, dass staatliche Beihilfen in Vorhaben fließen, bei denen der Beihilfebetrug im Verhältnis zu den beihilfefähigen Kosten als sehr hoch erachtet wird und auch die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen besonders groß scheint. Generell ist die zulässige Beihilfeintensität umso höher, je größer die voraussichtlichen positiven Auswirkungen des geförderten Vorhabens sind und je größer der voraussichtliche Förderbedarf ist.
- (109) Doch selbst eine Beihilfe, die erforderlich und verhältnismäßig ist, kann eine Änderung des Verhaltens der Begünstigten zur Folge haben, die den Wettbewerb verzerrt. Dies ist im Fischerei- und Aquakultursektor mit höherer Wahrscheinlichkeit der Fall, da sich dieser von anderen Märkten durch die besondere Struktur unterscheidet, die durch zahlreiche kleine Unternehmen geprägt ist. Auf einem solchen Markt ist die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen selbst dann hoch, wenn nur geringe Beihilfebeträge gewährt werden.
- (110) Unter bestimmten Umständen überwiegen die negativen Auswirkungen klar die positiven Auswirkungen, sodass die Beihilfe nicht als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden kann. Nach den allgemeinen Grundsätzen des AEUV können staatliche Beihilfen insbesondere dann nicht als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden, wenn die Beihilfe in einem Ausmaß diskriminierend ist, das durch den Beihilfecharakter nicht gerechtfertigt wird. Wie in Teil I, Kapitel 3 Abschnitt 3.1.3 dargelegt, wird die Kommission daher eine Maßnahme

³⁶ Die Beihilfe kann Auswirkungen auf mehrere Märkte haben, denn ihre Wirkung muss nicht unbedingt auf den Markt beschränkt sein, dem die geförderte Tätigkeit zuzurechnen ist, sondern kann auch damit verbundene vorgelagerte, nachgelagerte oder komplementäre Märkte betreffen oder sonstige Märkte, auf denen der Begünstigte bereits tätig ist oder demnächst tätig werden könnte.

nicht für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklären, wenn sie oder die mit ihr verbundenen Bedingungen zu einem Verstoß gegen Unionsrecht führen. Dies gilt insbesondere für Beihilfen, bei denen die Gewährung der Beihilfe davon abhängig ist, dass der Begünstigte einheimische Erzeugnisse oder Dienstleistungen nutzt, sowie für Beihilfen, mit denen die Möglichkeit des Begünstigten eingeschränkt wird, die Ergebnisse von Forschung, Entwicklung und Innovation in anderen Mitgliedstaaten zu nutzen.

- (111) Die Kommission genehmigt weder Beihilfen für Tätigkeiten in Verbindung mit der Ausfuhr in Drittländer oder andere Mitgliedstaaten, die unmittelbar mit den ausgeführten Mengen zusammenhängen, noch Beihilfen, die an die bevorzugte Verwendung einheimischer gegenüber eingeführter Erzeugnisse gebunden sind, oder Beihilfen für den Aufbau und Betrieb eines Vertriebsnetzes oder die Finanzierung anderer Ausgaben in Verbindung mit der Ausfuhr. Beihilfen für die Kosten der Teilnahme an Messen, die Durchführung von Studien oder die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten zur Einführung eines neuen oder bestehenden Produktes auf einem neuen Markt stellen in der Regel keine Ausfuhrbeihilfen dar.

Investitionsbeihilferegeln für die Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen

- (112) Da Investitionsbeihilfen für Unternehmen, die Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse verarbeiten und vermarkten, und für Unternehmen, die in anderen Sektoren, z. B. in der Lebensmittelverarbeitung, tätig sind, ähnliche verzerrende Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel haben, sollten die allgemeinen wettbewerbspolitischen Erwägungen bezüglich der Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel für alle diese Sektoren in gleicher Weise gelten. Somit müssen die Bedingungen gemäß den Randnummern 113 bis 123 für Investitionsbeihilfen für die Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen eingehalten werden.
- (113) Investitionsbeihilferegeln dürfen nicht zu erheblichen Verzerrungen von Wettbewerb und Handel führen. Selbst wenn die Wettbewerbsverzerrungen auf Unternehmensebene als gering betrachtet werden sollten (vorausgesetzt, dass alle Bedingungen für eine Investitionsbeihilfe erfüllt sind), können solche Regelungen kumulativ zu erheblichen Verzerrungen führen. Betroffen sein könnten die Verbrauchsgütermärkte, indem Überkapazitäten geschaffen oder verstärkt werden oder eine so erhebliche Marktmacht einiger Begünstigter geschaffen, verstärkt oder gewahrt wird, dass dynamische Anreize ausgehöhlt werden. Ferner können Beihilfen, die im Rahmen von Investitionsbeihilferegeln gewährt werden, auch in anderen Gebieten des Binnenmarktes zu einem erheblichen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit führen. Im Falle einer auf bestimmte Sektoren ausgerichteten Investitionsbeihilferegeln ist das Risiko derartiger Verzerrungen besonders hoch.
- (114) Deshalb muss der betreffende Mitgliedstaat nachweisen, dass negative Auswirkungen so gering wie möglich gehalten werden, wobei z. B. der Umfang der betreffenden Vorhaben, die einzelnen und die kumulativen Beihilfebeträge, die voraussichtlichen Begünstigten sowie die Merkmale der betreffenden Sektoren zu berücksichtigen sind. Um der Kommission die Möglichkeit zu geben, die möglichen negativen Auswirkungen zu bewerten, übermittelt der betroffene

Mitgliedstaat alle ihm zur Verfügung stehenden Folgenabschätzungen sowie Ex-post-Evaluierungen ähnlicher Regelungen.

Einzelnen anzumeldende Investitionsbeihilfen für die Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen

- (115) Bei der Prüfung der negativen Auswirkungen von Einzelinvestitionsbeihilfen legt die Kommission besonderes Gewicht auf die negativen Auswirkungen des Aufbaus von Überkapazitäten in schrumpfenden Märkten, die Verhinderung von Marktaustritten und den Begriff der erheblichen Marktmacht. Diese unter den Randnummern 116 bis 123 beschriebenen Auswirkungen müssen durch die positiven Auswirkungen der jeweiligen Beihilfe aufgewogen werden.
- (116) Für die Ermittlung und Bewertung potenzieller Verzerrungen von Wettbewerb und Handel sollten die Mitgliedstaaten Nachweise vorlegen, anhand deren die Kommission die betroffenen Produktmärkte (d. h. die von der Verhaltensänderung des Begünstigten betroffenen Produkte) und die betroffenen Wettbewerber und Abnehmer/Verbraucher ermitteln kann. Das betreffende Produkt ist in der Regel das Produkt des Investitionsvorhabens.³⁷ Wenn sich das Vorhaben auf ein Zwischenprodukt bezieht und ein signifikanter Anteil dieser Zwischenprodukte nicht auf dem Markt verkauft wird, kann das betreffende Produkt auch das nachgelagerte Produkt sein. Der betreffende Produktmarkt umfasst das jeweilige Produkt und jene Produkte, die vom Verbraucher (wegen der Merkmale des Produkts, seines Preises oder Verwendungszwecks) oder vom Hersteller (aufgrund der Flexibilität der Produktionsanlagen) als seine Substitute angesehen werden.
- (117) Die Kommission legt bei der Bewertung dieser potenziellen Verzerrungen verschiedene Kriterien zugrunde, z. B. Struktur des betreffenden Produktmarkts, Leistungsfähigkeit des Marktes (schrumpfender oder wachsender Markt), Verfahren für die Auswahl des Begünstigten, Hindernisse für den Markteintritt bzw. -austritt sowie Produktdifferenzierung.
- (118) Wenn ein Unternehmen systematisch staatliche Beihilfen in Anspruch nimmt, könnte dies ein Anzeichen dafür sein, dass es dem Wettbewerb nicht aus eigener Kraft standhalten kann oder dass es gegenüber der Konkurrenz ungerechtfertigte Vorteile genießt.
- (119) Die Kommission führt die potenziellen negativen Auswirkungen auf Produktmärkte im Wesentlichen auf zwei Gründe zurück:
 - a) erhebliche Kapazitätzunahmen, die – insbesondere auf schrumpfenden Märkten – zu Überkapazitäten führen oder Überkapazitätslagen zuspitzen, und
 - b) erhebliche Marktmacht des Begünstigten.
- (120) Bei der Evaluierung, ob die Beihilfe zur Schaffung oder Beibehaltung ineffizienter Marktstrukturen beiträgt, berücksichtigt die Kommission die durch das Vorhaben geschaffene zusätzliche Produktionskapazität und ein etwaiges unterdurchschnittliches Wachstum des Marktes.

³⁷ Betrifft ein Investitionsvorhaben die Erzeugung mehrerer verschiedener Produkte, so muss für jedes Produkt eine Bewertung vorgenommen werden.

- (121) Handelt es sich um einen wachsenden Markt, gibt es in der Regel weniger Anlass für Bedenken, dass sich die Beihilfe negativ auf dynamische Anreize auswirken oder den Marktausstieg bzw. den Markteintritt erschweren könnte.
- (122) Bei schrumpfenden Märkten ist größere Vorsicht geboten. Die Kommission unterscheidet zwischen Fällen, in denen der Markt langfristig betrachtet strukturell rückläufig ist (d. h. schrumpft), und Fällen, in denen der Markt lediglich in relativen Zahlen rückläufig ist (d. h. immer noch Wachstum aufweist, das aber eine als Bezugsgröße festgelegte Wachstumsrate nicht überschreitet).
- (123) Bezugsgröße für die Bestimmung eines Markts mit unterdurchschnittlichem Wachstum ist in der Regel das EWR-BIP der drei Jahre vor Beginn des Vorhabens. Hierfür können aber auch die prognostizierten Wachstumsraten für die kommenden drei bis fünf Jahre herangezogen werden. Indikatoren können das erwartete Wachstum des betreffenden Marktes, die voraussichtlich daraus resultierenden Kapazitätsauslastungen und die wahrscheinlichen Auswirkungen des Kapazitätszuwachses auf die Preise und Gewinnspannen der Wettbewerber sein.

3.2.6. Abwägung der positiven und der negativen Auswirkungen der Beihilfe (Abwägungsprüfung)

- (124) Die Kommission bewertet, ob die positiven Auswirkungen der Beihilfe die festgestellten negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbs- und Handelsbedingungen überwiegen. Nur wenn die positiven Auswirkungen die negativen Auswirkungen überwiegen, kann die Kommission die Beihilfe als mit dem Binnenmarkt vereinbar erklären.
- (125) Begegnet die geplante Beihilfe nicht in geeigneter und verhältnismäßiger Weise einem klar ermittelten Marktversagen, werden die negativen verzerrenden Auswirkungen auf den Wettbewerb in der Regel die positiven Auswirkungen der Beihilfe überwiegen, sodass die Kommission die geplante Beihilfe wahrscheinlich als mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklären wird.
- (126) Jede Beihilfemaßnahme muss die Ziele der GFP ausweisen, zu deren Erreichen sie beiträgt, und unmissverständlich darlegen, in welcher Weise dies geschieht, ohne andere Ziele der GFP zu beeinträchtigen. Die Ziele der GFP, die in Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 festgelegt sind, umfassen unter anderem die Gewährleistung, dass Fischerei- und Aquakulturtätigkeiten langfristig umweltverträglich sind und auf eine Art und Weise durchgeführt werden, die mit den Zielen der Erreichung eines wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Nutzens und eines Beitrags zum Nahrungsmittelangebot vereinbar ist (siehe Randnummer 5 dieser Leitlinien).
- (127) Aufgrund ihrer positiven Auswirkungen auf die Entwicklung des Fischerei- und Aquakultursektors ist die Kommission grundsätzlich der Auffassung, dass bei Beihilfen, die die Voraussetzungen von Teil II Kapitel 1 und Kapitel 2 Abschnitt 2.2 und Teil I Kapitel 2 Abschnitt 2.3 erfüllen, die negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel zwischen Mitgliedstaaten auf ein Minimum beschränkt sind.

- (128) Bei staatlichen Beihilfen, die im Rahmen des EMFAF kofinanziert oder aus dem Unionshaushalt finanziert werden, geht die Kommission vom Vorliegen der entsprechenden positiven Auswirkungen aus.
- (129) Darüber hinaus kann die Kommission gegebenenfalls auch berücksichtigen, ob die vorgeschlagene Beihilfe andere positive Auswirkungen hat. Wenn diese anderen positiven Auswirkungen die in der Unionspolitik verankerten Zielsetzungen widerspiegeln, wie z. B. im europäischen Grünen Deal, der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“³⁸, dem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft³⁹, der Biodiversitätsstrategie⁴⁰, dem EU-Aktionsplan: „Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“⁴¹, der „Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“⁴² und der Initiative zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas⁴³ kann dann davon ausgegangen werden, dass die vorgeschlagene Beihilfe im Einklang mit diesen politischen Maßnahmen der Union solche weiterreichenden positiven Auswirkungen hat.
- (130) Wird eine Beihilfe zugunsten von Investitionen gewährt, so wird die Kommission besonders darauf achten, ob die Tätigkeit als ökologisch nachhaltig im Sinne von Artikel 3 der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ gilt, einschließlich der Einhaltung des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen.

³⁸ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Vom Hof auf den Tisch“ – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem (COM(2020) 381 final).

³⁹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft – Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa (COM(2020) 98 final).

⁴⁰ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 – Mehr Raum für die Natur in unserem Leben (COM(2020) 380 final).

⁴¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Auf dem Weg zu einem gesunden Planeten für alle – EU-Aktionsplan: „Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“ (COM(2021) 400 final).

⁴² Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (COM(2013) 0216 final).

⁴³ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Gestaltung der digitalen Zukunft Europas, (COM(2020) 67 final).

⁴⁴ Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13).

TEIL II

GRUPPEN VON BEIHILFEN

Kapitel 1

BEIHILFEN FÜR RISIKO- UND KRISENMANAGEMENT

1.1. Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind

- (131) Die Kommission sieht Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen und sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind, als im Sinne von Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar an, wenn die Grundsätze gemäß Teil I Kapitel 3 und die besonderen Bedingungen dieses Abschnitts eingehalten werden.
- (132) „Naturkatastrophen“ und „außergewöhnliche Ereignisse“ im Sinne von Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV stellen Ausnahmen vom allgemeinen Verbot staatlicher Beihilfen im Binnenmarkt gemäß Artikel 107 Absatz 1 AEUV dar. Aus diesem Grund hat die Kommission stets die Auffassung vertreten, dass diese Begriffe eng auszulegen sind. Dies wurde vom Gerichtshof der Europäischen Union bestätigt.⁴⁵
- (133) Im Bereich staatlicher Beihilfen für den Fischerei- und Aquakultursektor hat die Kommission bisher anerkannt, dass außergewöhnlich schwere Stürme und Überschwemmungen, insbesondere Überschwemmungen bei denen Flüsse oder Seen über die Ufer treten, Naturkatastrophen darstellen können. Darüber hinaus ist es gemäß der Verordnung (EU) [NEW FIBER] möglich, Gruppenfreistellungen für folgende Arten von Naturkatastrophen zu gewähren: Erdbeben, Lawinen, Erdbeben, Überschwemmungen, Wirbelstürme, Orkane, Vulkanausbrüche und Flächenbrände natürlichen Ursprungs.
- (134) Die folgenden Ereignisse sind Beispiele für außergewöhnliche Ereignisse, die von der Kommission in Fällen außerhalb des Fischerei- und Aquakultursektors anerkannt wurden: Krieg, innere Unruhen, Streiks mit gewissen Vorbehalten und je nach Ausmaß, große Industrie- und Atomunfälle sowie Brände, die zu umfangreichen Verlusten führen. Der Ausbruch einer Tierseuche oder Schädlingsplage ist in der Regel kein außergewöhnliches Ereignis. Die Kommission hat jedoch in bestimmten Fällen im Fischerei- und Aquakultursektor einen sehr großflächigen Ausbruch einer neuen Tierseuche als außergewöhnliches Ereignis eingestuft.
- (135) Anknüpfend an ihre bisherige Praxis wird die Kommission auch weiterhin Vorschläge zur Gewährung von Beihilfen auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV fallweise prüfen.
- (136) Beihilfen nach diesem Abschnitt müssen darüber hinaus folgende Bedingungen erfüllen:
 - a) Die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats hat das Ereignis förmlich als Naturkatastrophe oder außergewöhnliches Ereignis anerkannt und

⁴⁵ Siehe Rechtssache C-73/03 *Spanien/Kommission*, ECLI:EU:C:2004:711, Rn. 36 und Verbundene Rechtssachen C-346/03 und C-529/03, *Giuseppe Atzen und andere*, ECLI:EU:C:2006:130, Rn. 79.

- b) es besteht ein unmittelbarer kausaler Zusammenhang zwischen der Naturkatastrophe oder dem außergewöhnlichen Ereignis und dem Schaden, der dem Unternehmen entstanden ist.
- (137) Die Mitgliedstaaten können gegebenenfalls im Voraus Kriterien aufstellen, nach denen die förmliche Anerkennung gemäß Randnummer 136 Buchstabe a als gewährt gilt.
- (138) Die Beihilfen müssen direkt an das betreffende Unternehmen oder an die Erzeugergruppierung oder -organisation gezahlt werden, in der dieses Mitglied ist. Werden die Beihilfen an eine Erzeugergruppierung oder -organisation gezahlt, darf der Beihilfebetrug nicht den Betrag überschreiten, der dem einzelnen Unternehmen gezahlt werden könnte.
- (139) Beihilferegeln müssen innerhalb von drei Jahren nach Eintritt des Ereignisses eingeführt und die Beihilfen müssen innerhalb von vier Jahren nach dem genannten Zeitpunkt ausgezahlt werden. Für eine bestimmte Naturkatastrophe oder ein bestimmtes außergewöhnliches Ereignis genehmigt die Kommission getrennt angemeldete Beihilfen, die von dieser Regel abweichen, wenn ein entsprechender Rechtfertigungsgrund wie Art und/oder Ausmaß des Ereignisses oder verzögerter Schadenseintritt oder Dauerschaden vorliegt.
- (140) Im Interesse eines effizienten Krisenmanagements genehmigt die Kommission Ex-ante-Beihilferahmenregelungen zum Ausgleich von Schäden durch außergewöhnlich starke Stürme, Überschwemmungen, Erdbeben, Lawinen, Erdbeben, Wirbelstürme, Orkane, Vulkanausbrüche und Flächenbrände natürlichen Ursprungs, sofern die Bedingungen, unter denen Beihilfen gewährt werden können, klar festgelegt sind. Die Mitgliedstaaten müssen dabei der Berichterstattungspflicht gemäß Randnummer 218 nachkommen.
- (141) Beihilfen zum Ausgleich von Schäden, die durch andere als die unter Randnummer 133 genannten Arten von Naturkatastrophen entstanden sind, sowie zum Ausgleich von Schäden infolge außergewöhnlicher Ereignisse müssen bei der Kommission getrennt angemeldet werden.
- (142) Als beihilfefähige Kosten gelten die unmittelbar durch die Naturkatastrophe oder das außergewöhnliche Ereignis verursachten Schäden, die von einer Behörde, einem von der Bewilligungsbehörde anerkannten unabhängigen Sachverständigen oder einem Versicherungsunternehmen bewertet wurden.
- (143) Die Schäden können Folgendes umfassen:
- a) Sachschäden an Vermögenswerten wie Gebäuden, Ausrüstungen, Maschinen, Lagerbeständen und Betriebsmitteln und
 - b) Einkommensverluste aufgrund der vollständigen oder teilweisen Zerstörung der Fischerei- oder Aquakulturproduktion oder der entsprechenden Betriebsmittel.
- (144) Die Berechnung der Schäden muss auf der Ebene des einzelnen Begünstigten erfolgen.
- (145) Die Sachschäden sind auf der Grundlage der Reparaturkosten oder des wirtschaftlichen Werts des betroffenen Vermögenswerts vor der Naturkatastrophe oder dem außergewöhnlichen Ereignis zu berechnen. Sie dürfen nicht höher sein als die Reparaturkosten oder die durch die Naturkatastrophe oder das

außergewöhnliche Ereignis verursachte Minderung des Marktwerts, d. h. die Differenz zwischen dem Wert des Vermögenswerts unmittelbar vor der Naturkatastrophe oder dem außergewöhnlichen Ereignis und seinem Wert unmittelbar danach.

- (146) Zur Berechnung der Einkommensverluste muss Folgendes voneinander abgezogen werden:
- a) das Ergebnis der Multiplikation der Menge der Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse, die in dem Jahr, in dem die Naturkatastrophe oder das außergewöhnliche Ereignis eingetreten ist, oder in jedem der darauffolgenden Jahre, die von der vollständigen oder teilweisen Vernichtung der Betriebsmittel betroffen sind, produziert wurden, mit dem in dem betreffenden Jahr erzielten durchschnittlichen Verkaufspreis
von
 - b) dem Ergebnis der Multiplikation der jährlichen Durchschnittsmenge an Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen, die in dem der Naturkatastrophe oder dem außergewöhnlichen Ereignis vorangegangenen Dreijahreszeitraum produziert wurden (oder eines Dreijahresdurchschnitts auf der Grundlage des der Naturkatastrophe oder dem außergewöhnlichen Ereignis vorangegangenen Fünfjahreszeitraums unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Werts), mit dem erzielten durchschnittlichen Verkaufspreis.
- (147) Der Betrag kann um sonstige Kosten erhöht werden, die dem Begünstigten infolge der Naturkatastrophe oder des außergewöhnlichen Ereignisses entstanden sind, und ist um die Kosten zu kürzen, die aufgrund der Naturkatastrophe oder des außergewöhnlichen Ereignisses nicht entstanden sind und die der Begünstigte anderenfalls hätte tragen müssen.
- (148) Die Kommission kann auch andere Methoden zur Berechnung der Schäden akzeptieren, sofern diese Methoden repräsentativ sind, nicht auf Rekordfängen oder -erträgen beruhen und nicht zur Überkompensation von Begünstigten führen.
- (149) Die Beihilfen und sonstigen Ausgleichszahlungen für die Schäden, einschließlich der Zahlungen im Rahmen von Versicherungspolicen, müssen auf 100 % der beihilfefähigen Kosten begrenzt sein.

1.2. Beihilfen zur Beseitigung von Schäden infolge widriger Witterungsverhältnisse und außergewöhnlicher Klimaereignisse

- (150) Die Kommission sieht Beihilfen zur Beseitigung von Schäden infolge widriger Witterungsverhältnisse und außergewöhnlicher Klimaereignisse als im Sinne von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar an, wenn die in Teil I Kapitel 3 dargelegten Grundsätze und die besonderen Bedingungen dieses Abschnitts eingehalten werden.
- (151) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch widrige Witterungsverhältnisse oder ein außergewöhnliches Klimaereignis entstanden sind, gelten als geeignetes Instrument, um Unternehmen dabei zu helfen, sich von diesen Schäden zu erholen und die Entwicklung wirtschaftlicher Tätigkeiten zu fördern, ohne die Handelsbedingungen in einer Weise zu verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft, sofern die Voraussetzungen dieses Abschnitts erfüllt sind.

- (152) Abweichend von Randnummer 150 legt die Kommission bei der Prüfung von Beihilfen derselben Art wie die Beihilfen, die unter die in Artikel 20 der Verordnung (EU) [NEW FIBER] genannte Gruppe der Beihilfen für Fonds auf Gegenseitigkeit fallen, Teil I Abschnitt 2.3 dieser Leitlinien zugrunde.
- (153) Im Bereich staatlicher Beihilfen für den Fischerei- und Aquakultursektor hat die Kommission bisher anerkannt, dass Stürme, Windböen, die außergewöhnlich hohe Wellen hervorrufen, heftige und anhaltende Regenfälle, Überschwemmungen und über einen längeren Zeitraum bestehende außergewöhnlich erhöhte Wassertemperaturen widrige Witterungsverhältnisse darstellen und außergewöhnliche Klimaereignisse bewirken können. Darüber hinaus ist es gemäß der Verordnung (EU) [NEW FIBER] möglich, Gruppenfreistellungen für folgende Arten von widrigen Witterungsverhältnissen zu gewähren: Frost, Stürme, Hagel, Eis, starke und anhaltende Regenfälle und schwere Dürren.
- (154) Anknüpfend an ihre bisherige Praxis wird die Kommission auch weiterhin Vorschläge zur Gewährung von Beihilfen zur Beseitigung von Schäden infolge widriger Witterungsverhältnisse und außergewöhnlicher Klimaereignisse fallweise prüfen.
- (155) Beihilfen nach diesem Abschnitt müssen darüber hinaus folgende Bedingungen erfüllen:
- a) Der Schaden infolge widriger Witterungsverhältnisse oder außergewöhnlicher Klimaereignisse muss sich auf mehr als 30 % des Jahresumsatzes belaufen, berechnet auf der Grundlage der vorangegangenen drei Kalenderjahre oder auf der Grundlage des Dreijahresdurchschnitts des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Werts;
 - b) es muss ein unmittelbarer kausaler Zusammenhang zwischen den widrigen Witterungsverhältnissen oder dem außergewöhnlichen Klimaereignis und dem Schaden bestehen, der dem Unternehmen entstanden ist;
 - c) im Falle von Verlusten infolge widriger Witterungsverhältnisse oder außergewöhnlicher Klimaereignisse, die durch im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/1139 finanzierte Fonds auf Gegenseitigkeit gedeckt werden könnten, muss der Mitgliedstaat begründen, warum er beabsichtigt, eine Beihilfe zu gewähren, statt einen finanziellen Ausgleich über solche Fonds auf Gegenseitigkeit zu zahlen.
- (156) Die Beihilfen müssen direkt an das betreffende Unternehmen oder an die Erzeugergruppierung oder -organisation gezahlt werden, in der dieses Mitglied ist. Werden die Beihilfen an eine Erzeugergruppierung oder -organisation gezahlt, darf der Beihilfebetrug nicht den Betrag überschreiten, der dem einzelnen Unternehmen gezahlt werden könnte.
- (157) Beihilferegeln im Zusammenhang mit widrigen Witterungsverhältnissen oder außergewöhnlichen Klimaereignissen müssen innerhalb von drei Jahren nach Eintritt des Ereignisses eingeführt werden. Die Beihilfen müssen innerhalb von vier Jahren nach dem genannten Zeitpunkt ausgezahlt werden.
- (158) Um ein effizientes Krisenmanagement zu erleichtern, genehmigt die Kommission Ex-ante-Beihilferahmenregelungen für den Ausgleich von Schäden infolge widriger Witterungsverhältnisse oder außergewöhnlicher Klimaereignisse, sofern die Voraussetzungen, unter denen Beihilfen gewährt werden können, präzise

festgelegt sind. Die Mitgliedstaaten müssen dabei der Berichterstattungspflicht gemäß Randnummer 218 nachkommen.

- (159) Beihilfen zum Ausgleich von Schäden, die durch andere als die unter Randnummer 153 genannten Arten widriger Witterungsverhältnisse und außergewöhnliche Klimaereignisse entstanden sind, müssen bei der Kommission getrennt angemeldet werden.
- (160) Als beihilfefähige Kosten gelten die unmittelbar durch die widrigen Witterungsverhältnisse oder das außergewöhnliche Klimaereignis verursachten Schäden, die von einer Behörde, einem von der Bewilligungsbehörde anerkannten unabhängigen Sachverständigen oder einem Versicherungsunternehmen bewertet wurden.
- (161) Die Schäden können Folgendes umfassen:
 - a) Sachschäden an Vermögenswerten (wie Gebäuden, Schiffen, Ausrüstungen, Maschinen, Lagerbeständen und Betriebsmitteln) und
 - b) Einkommensverluste aufgrund der vollständigen oder teilweisen Zerstörung der Fischerei- oder Aquakulturproduktion oder der entsprechenden Betriebsmittel.
- (162) Die Berechnung der Schäden muss auf der Ebene des einzelnen Begünstigten erfolgen.
- (163) Bei Sachschäden an Vermögenswerten muss sich der Schaden auf mehr als 30 % des Jahresumsatzes belaufen, berechnet auf der Grundlage der vorangegangenen drei Kalenderjahre oder auf der Grundlage des Dreijahresdurchschnitts des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums vor den widrigen Witterungsverhältnissen oder dem außergewöhnlichen Klimaereignis unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Werts.
- (164) Der Sachschaden wird auf der Grundlage der Reparaturkosten oder des wirtschaftlichen Wertes des betroffenen Vermögenswerts vor den widrigen Witterungsverhältnissen oder dem außergewöhnlichen Klimaereignis berechnet. Er darf nicht höher sein als die Reparaturkosten oder die durch die widrigen Witterungsverhältnisse oder das außergewöhnliche Klimaereignis verursachte Minderung des Marktwerts, d. h. die Differenz zwischen dem Wert unmittelbar vor den widrigen Witterungsverhältnissen oder dem außergewöhnlichen Klimaereignis und dem Wert unmittelbar danach.
- (165) Zur Berechnung der Einkommensverluste muss Folgendes voneinander abgezogen werden:
 - a) das Ergebnis der Multiplikation der Menge der Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse, die in dem Jahr, in dem die widrigen Witterungsverhältnisse oder das außergewöhnliche Klimaereignis eingetreten sind/ist, oder in jedem der darauffolgenden Jahre, die von der vollständigen oder teilweisen Vernichtung der Betriebsmittel betroffen sind, produziert wurden, mit dem in dem betreffenden Jahr erzielten durchschnittlichen Verkaufspreis
von
 - b) dem Ergebnis der Multiplikation der jährlichen Durchschnittsmenge an Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen, die in dem den widrigen

Witterungsverhältnissen oder dem außergewöhnlichen Klimaereignis vorangegangenen Dreijahreszeitraum – oder im Dreijahresdurchschnitt des den widrigen Witterungsverhältnissen oder dem außergewöhnlichen Klimaereignis vorangegangenen Fünfjahreszeitraums unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Werts – produziert wurden, mit dem erzielten durchschnittlichen Verkaufspreis.

- (166) Der Betrag kann um sonstige Kosten erhöht werden, die dem Begünstigten infolge der widrigen Witterungsverhältnisse oder des außergewöhnlichen Klimaereignisses entstanden sind, und ist um die Kosten zu kürzen, die aufgrund der widrigen Witterungsverhältnisse oder des außergewöhnlichen Klimaereignisses nicht entstanden sind und die der Begünstigte anderenfalls hätte tragen müssen.
- (167) Die Kommission kann auch andere Methoden zur Berechnung der Schäden akzeptieren, sofern diese Methoden repräsentativ sind, nicht auf Rekordfängen oder -erträgen beruhen und nicht zur Überkompensation von Begünstigten führen.
- (168) Die Beihilfen und sonstigen Ausgleichszahlungen für die Schäden, einschließlich der Zahlungen im Rahmen von Versicherungspolicen, müssen auf 100 % der beihilfefähigen Kosten begrenzt sein.

1.3. Beihilfen für die Kosten der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur und des Befalls durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung und invasive gebietsfremde Arten von Bedeutung für Mitgliedstaaten

- (169) Die Kommission sieht Beihilfen für die Kosten der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur und des Befalls durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung und invasive gebietsfremde Arten von Bedeutung für Mitgliedstaaten als im Sinne von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar an, wenn sie Teil I Kapitel 3 und den besonderen Bedingungen dieses Abschnitts entsprechen.
- (170) Beihilfen zur Deckung der Kosten der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur und des Befalls mit invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung und invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung für Mitgliedstaaten gelten als geeignetes Instrument, um Unternehmen bei der Bewältigung der von diesen Bedrohungen ausgehenden Risiken zu unterstützen und die Entwicklung wirtschaftlicher Tätigkeiten zu erleichtern, ohne die Handelsbedingungen in einer Weise zu verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft, sofern die in diesem Abschnitt festgelegten Bedingungen eingehalten werden.
- (171) Abweichend von Randnummer 169 legt die Kommission bei der Prüfung von Beihilfen derselben Art wie die Beihilfen, die unter die in Artikel 39 der Verordnung (EU) [NEW FIBER] genannte Gruppe der Beihilfen zur Förderung von Tiergesundheit und Tierschutz fallen, Teil I Abschnitt 2.3 dieser Leitlinien zugrunde.
- (172) Die in diesem Abschnitt genannten Beihilfen können nur gewährt werden
 - a) im Zusammenhang mit Seuchen und Befall durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung und invasive gebietsfremde Arten von

Bedeutung für Mitgliedstaaten, zu denen es Rechts- oder Verwaltungsvorschriften der Union oder einzelstaatliche Rechts- oder Verwaltungsvorschriften gibt, und

b) als Teil

- i) eines unionsweiten, nationalen oder regionalen öffentlichen Programms zur Verhütung, Bekämpfung oder Tilgung von Tierseuchen oder des Befalls durch invasive gebietsfremde Arten oder
- ii) von durch die zuständige nationale Behörde erlassenen Dringlichkeitsmaßnahmen oder
- iii) von Maßnahmen, die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 zur Tilgung oder Eindämmung einer invasiven gebietsfremden Art (von unionsweiter Bedeutung) durchgeführt werden.

- (173) Das Programm und die Maßnahmen gemäß Randnummer 172 Buchstabe b müssen eine Beschreibung der betreffenden Verhütungs-, Bekämpfungs- und Tilgungsmaßnahmen enthalten.
- (174) Die Beihilfen dürfen keine Maßnahmen betreffen, deren Kosten nach dem Unionsrecht von den Begünstigten selbst zu tragen sind, es sei denn, die Kosten solcher Beihilfemaßnahmen werden in voller Höhe durch Pflichtabgaben der Begünstigten ausgeglichen.
- (175) Die Beihilfen müssen direkt an das betreffende Unternehmen oder an die Erzeugergruppierung oder -organisation gezahlt werden, in der dieses Mitglied ist. Werden die Beihilfen an eine Erzeugergruppierung oder -organisation gezahlt, darf der Beihilfebetrug nicht den Betrag überschreiten, der dem einzelnen Unternehmen gezahlt werden könnte.
- (176) Es darf keine Einzelbeihilfe gezahlt werden, wenn festgestellt wird, dass die Tierseuche oder der Befall durch die invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für Mitgliedstaaten vom Begünstigten absichtlich oder fahrlässig verursacht wurde.
- (177) In Bezug auf Tierseuchen kann die Beihilfe für Wassertierseuchen gewährt werden, die in Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶ oder in der Liste der Tierseuchen des Gesundheitskodex für Wassertiere der Weltorganisation für Tiergesundheit⁴⁷ aufgeführt sind, oder für Zoonosen von Wassertieren gemäß Anhang III Nummer 2 der Verordnung (EU) 2021/690 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

⁴⁶ Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit (Tiergesundheitsrecht) (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1).

⁴⁷ Siehe <https://www.oie.int/en/what-we-do/standards/codes-and-manuals/aquatic-code-online-access/>.

⁴⁸ Verordnung (EU) 2021/690 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Aufstellung eines Programms für den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, den Bereich Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel sowie europäische Statistiken (Binnenmarktprogramm) und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 99/2013, (EU) Nr. 1287/2013, (EU) Nr. 254/2014 und (EU) Nr. 652/2014 (ABl. L 153 vom 3.5.2021, S. 1).

- (178) Beihilfen können unter folgenden Bedingungen auch für neu auftretende Seuchen gewährt werden, die die Bedingungen des Artikels 6 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/429 erfüllen:
- a) Durch die Tierseuche sind Schäden entstanden, die sich auf mehr als 30 % der durchschnittlichen Jahreserzeugung oder des durchschnittlichen Jahreseinkommens im vorhergehenden Dreijahreszeitraum oder eines Dreijahresdurchschnitts auf der Grundlage des vorhergehenden Fünfjahreszeitraums unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Wertes belaufen, und
 - b) die Begünstigten haben eine Versicherung abgeschlossen bzw. zahlen Finanzbeiträge zu in dem Mitgliedstaat zugelassenen Fonds auf Gegenseitigkeit, die mindestens 50 % ihrer durchschnittlichen Jahresproduktion oder durchschnittlichen Jahreseinnahmen aus der Produktion und die in dem betreffenden Mitgliedstaat oder der betreffenden Region statistisch am häufigsten auftretenden Tierseuchen abdecken, für die Versicherungsschutz gegeben ist.
- (179) Die Beihilferegeln müssen innerhalb von drei Jahren nach Auftreten der Kosten oder Schäden eingerichtet werden, die durch die Tierseuche oder den Befall durch eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für Mitgliedstaaten entstanden sind. Die Beihilfen müssen innerhalb von vier Jahren nach dem genannten Zeitpunkt ausbezahlt werden. Diese Bedingungen gelten nicht für Kosten, die zu Präventionszwecken gemäß Randnummer 181 angefallen sind.
- (180) Um ein effizientes Krisenmanagement zu erleichtern, genehmigt die Kommission Ex-ante-Beihilferahmenregelungen, sofern die Voraussetzungen, unter denen Beihilfen gewährt werden können, präzise festgelegt sind. Die Mitgliedstaaten müssen dabei der Berichterstattungspflicht gemäß Randnummer 218 nachkommen.
- (181) Die Beihilfe kann folgende beihilfefähige Kosten abdecken, auch zu Präventionszwecken:
- a) Gesundheitskontrollen, Analysen, Tests und sonstige Früherkennungsmaßnahmen;
 - b) Erwerb, Lagerung, Verabreichung oder Verteilung von Impfstoffen, Arzneimitteln und Stoffen für die Behandlung von Tieren;
 - c) Erwerb, Lagerung, Verwendung und Verteilung von Schutzerzeugnissen oder -ausrüstung zur Bekämpfung des Befalls durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für Mitgliedstaaten;
 - d) Schlachtung, Keulung und Beseitigung von Tieren;
 - e) Vernichtung von tierischen Erzeugnissen und damit verbundenen Erzeugnissen;
 - f) Reinigen und Desinfizieren des Betriebs und der Ausrüstung;
 - g) Schäden aufgrund der Schlachtung, Keulung oder Beseitigung von Tieren, tierischen Erzeugnissen und damit verbundenen Erzeugnissen.
- (182) Die Beihilfe in Bezug auf die beihilfefähigen Kosten gemäß Randnummer 181 Buchstabe a muss in Form von Sachleistungen gewährt und an den Anbieter von

Gesundheitskontrollen, Analysen, Tests und sonstigen Früherkennungsmaßnahmen gezahlt werden.

- (183) Im Falle von Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Tierseuchen oder den Befall durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für Mitgliedstaaten gemäß Randnummer 181 Buchstabe g entstanden sind, darf der Ausgleich lediglich auf der Grundlage folgender Faktoren berechnet werden:
- a) Marktwert der Tiere, die geschlachtet bzw. gekeult wurden oder verwendet sind, oder der vernichteten Produkte:
 - i) infolge der Tierseuche oder des Befalls durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für Mitgliedstaaten;
 - ii) als ob sie nicht von der Tierseuche oder dem Befall durch eine invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für Mitgliedstaaten betroffen gewesen wären;
 - iii) auf der Grundlage ihres Marktwerts unmittelbar vor Auftreten oder Bestätigung eines Verdachts auf die Tierseuche oder den Befall;
 - b) Einkommensverluste aufgrund von Quarantäneauflagen und Schwierigkeiten bei der Wiederbesetzung.
- (184) Dieser Betrag ist um alle Kosten zu kürzen, die nicht unmittelbar durch die Tierseuche oder den Befall durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung oder invasive gebietsfremde Arten von Bedeutung für Mitgliedstaaten entstehen und die der Begünstigte anderenfalls hätte tragen müssen, sowie um etwaige Einnahmen aus dem Verkauf von Erzeugnissen im Zusammenhang mit den zu Präventions- oder Tilgungszwecken geschlachteten, gekeulten oder beseitigten Tieren.
- (185) In hinreichend begründeten Ausnahmefällen kann die Kommission andere Kosten akzeptieren, die durch Tierseuchen in der Aquakultur oder den Befall durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung und invasive gebietsfremde Arten von Bedeutung für Mitgliedstaaten entstehen.
- (186) Die Beihilfen und sonstige vom Begünstigten erhaltene Zahlungen, einschließlich der Zahlungen im Rahmen anderer nationaler oder unionsweiter Maßnahmen oder Versicherungspolicen oder Fonds auf Gegenseitigkeit für dieselben beihilfefähigen Kosten, müssen auf 100 % der beihilfefähigen Kosten begrenzt sein.

Kapitel 2

BEIHILFEN IN GEBIETEN IN ÄUßERSTER RANDLAGE

2.1. Betriebsbeihilfen in Gebieten in äußerster Randlage

- (187) Betriebsbeihilfen in Gebieten in äußerster Randlage sind nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar, wenn sie Teil I Kapitel 3, den in diesem Abschnitt festgelegten Voraussetzungen und den für diese Gebiete geltenden besonderen Bestimmungen entsprechen.

- (188) Dieser Abschnitt gilt für Betriebsbeihilfen in Gebieten in äußerster Randlage gemäß Artikel 349 AEUV, die gemäß Artikel 10 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/1139 darauf abzielen, die spezifischen Zwänge in diesen Gebieten zu mildern, welche bedingt sind durch ihre Abgelegenheit, ihre Insellage, ihre geringe Größe, ihre schwierigen Relief- und Klimabedingungen und ihre wirtschaftlichen Abhängigkeit von einigen wenigen Erzeugnissen, und die als ständige Gegebenheiten und durch ihr Zusammenwirken die Entwicklung erheblich beeinträchtigen. Bei der Anwendung dieses Abschnitts berücksichtigt die Kommission, ob die Betriebsbeihilfe gegebenenfalls mit Maßnahmen im Rahmen des EMFAF für das betreffende Gebiet im Einklang steht und wie sie sich auf Wettbewerb und Handel in den betreffenden Gebieten und in anderen Teilen der Union auswirkt.
- (189) Beihilfen im Rahmen dieses Abschnitts dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die besonderen Belastungen aufgrund der Abgelegenheit, der Insellage und der äußersten Randlage dieser Gebiete abzumildern.
- (190) Die beihilfefähigen Kosten, die sich aus diesen spezifischen Zwängen ergeben, müssen im Einklang mit den Kriterien der Delegierten Verordnung (EU) 2021/1972 der Kommission⁴⁹ berechnet werden.
- (191) Um eine Überkompensation zu vermeiden, muss der betreffende Mitgliedstaat andere gemäß den Artikeln 24 und 35 bis 37 der Verordnung (EU) 2021/1139 gezahlte Arten der öffentlichen Intervention berücksichtigen, gegebenenfalls einschließlich des Ausgleichs für Mehrkosten, die Unternehmern aus den Gebieten in äußerster Randlage im Fischfang, in der Fischzucht und in der Verarbeitung und Vermarktung bestimmter Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse entstehen.
- (192) Die Beihilfen und sonstigen vom Begünstigten für dieselben beihilfefähigen Kosten bezogenen Zahlungen müssen auf 100 % der beihilfefähigen Kosten begrenzt sein.

2.2. Beihilfen für die Erneuerung der Fischereiflotte in Gebieten in äußerster Randlage

- (193) Die Kommission sieht Beihilfen für die Erneuerung der Fischereiflotte in Gebieten in äußerster Randlage als im Sinne von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar an, wenn die in Teil I Kapitel 3 dargelegten Grundsätze, die Bedingungen dieses Abschnitts und die besonderen Bestimmungen für diese Gebiete eingehalten werden.
- (194) Dieser Abschnitt gilt für Beihilfen für die Erneuerung der Fischereiflotte in den Gebieten in äußerster Randlage gemäß Artikel 349 AEUV, mit denen die Kosten für den Erwerb eines neuen Fischereifahrzeugs unterstützt werden, das in einem Gebiet in äußerster Randlage registriert sein wird.

⁴⁹ Delegierte Verordnung (EU) 2021/1972 der Kommission vom 11. August 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1004 durch Festlegung der Kriterien für die Berechnung der Mehrkosten, die Betreibern bei der Fischerei, der Fischzucht sowie der Verarbeitung und Vermarktung bestimmter Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse aus den Gebieten in äußerster Randlage entstehen (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 1).

- (195) Die in diesem Abschnitt genannten Beihilfen können nur gewährt werden, wenn
- a) das neue Fischereifahrzeug den Unionsvorschriften sowie den nationalen Vorschriften für Hygiene-, Gesundheits-, Sicherheits- und Arbeitsbedingungen für die Arbeit an Bord von Fischereifahrzeugen und den Merkmalen von Fischereifahrzeugen entspricht, und
 - b) der Begünstigte zum Zeitpunkt des Beihilfeantrags mit Hauptsitz in dem Gebiet in äußerster Randlage gemeldet ist, in dem das neue Schiff registriert sein wird.
- (196) Zum Zeitpunkt der Beihilfegewährung muss der letzte vor diesem Zeitpunkt gemäß Artikel 22 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 erstellte Bericht für das Flottensegment des Gebiets in äußerster Randlage, zu dem das neue Schiff gehören wird, ein Gleichgewicht zwischen der Fangkapazität und den Fangmöglichkeiten ausweisen (im Folgenden der „nationale Bericht“).
- (197) Es darf keine Beihilfe gewährt werden, wenn der nationale Bericht und insbesondere die Bewertung des darin enthaltenen Gleichgewichts nicht auf der Grundlage der biologischen, wirtschaftlichen und schiffbaulichen Indikatoren erstellt wurden, die in den gemeinsamen Leitlinien⁵⁰ gemäß Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 festgelegt sind.
- (198) Daher müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein, damit Beihilfen nach diesem Abschnitt gewährt werden können:
- a) Der betreffende Mitgliedstaat hat der Kommission den nationalen Bericht bis zum 31. Mai des Jahres N vorgelegt;
 - b) aus dem nationalen Bericht geht hervor, dass in dem Flottensegment, dem das neue Schiff angehören wird, ein Gleichgewicht zwischen Fangkapazität und Fangmöglichkeiten besteht;
 - c) Beihilfeanträge, die zwischen dem 1. Juni des Jahres N und dem 31. Mai des Jahres N+1 bei den nationalen Behörden eingereicht wurden, müssen anhand des nationalen Berichts für das Jahr N geprüft werden und
 - d) die Schlussfolgerung des nationalen Berichts für das Jahr N und insbesondere die darin enthaltene Bewertung des Gleichgewichts wurden von der Kommission nicht infrage gestellt.
- (199) Für die Zwecke von Randnummer 198 Buchstabe d gilt die im nationalen Bericht enthaltene Bewertung des Gleichgewichts als infrage gestellt, wenn die Kommission dem betreffenden Mitgliedstaat bis zum 31. März des Jahres N+1 auf der Grundlage von Artikel 22 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 ein entsprechendes Schreiben übermittelt. Ergeht innerhalb dieser Frist kein solches Schreiben oder stellt das Schreiben die im nationalen Bericht enthaltene Bewertung des Gleichgewichts nicht infrage, so kann der betreffende Mitgliedstaat die Beihilfe gewähren.

⁵⁰

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat — Leitlinien zur Analyse des Gleichgewichts zwischen Fangkapazität und Fangmöglichkeiten gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2014) 545 final).

- (200) Der betreffende Mitgliedstaat darf Beihilfen auf der Grundlage des nationalen Berichts des Jahres N nur bis zur Vorlage des nächsten nationalen Berichts bis zum 31. Mai des Jahres N+1 gewähren.
- (201) Die für jeden Mitgliedstaat und jedes Flottensegment der Gebiete in äußerster Randlage geltenden Fangkapazitätsobergrenzen gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 dürfen unter Berücksichtigung etwaiger Absenkungen dieser Obergrenzen gemäß Artikel 22 Absatz 6 der genannten Verordnung zu keinem Zeitpunkt überschritten werden. Wird der Zugang neuer Kapazitäten zur Flotte durch eine Beihilfe gefördert, müssen die genannten Kapazitätsobergrenzen uneingeschränkt beachtet werden, und es darf keine Situation eintreten, in der diese Obergrenzen überschritten werden.
- (202) Die Beihilfe darf nicht daran geknüpft werden, dass das neue Schiff bei einer bestimmten Werft erworben wird.
- (203) Die maximale Intensität der staatlichen Beihilfen darf bei Schiffen mit einer Länge über alles von weniger als 12 Metern nicht mehr als 60 % der gesamten beihilfefähigen Kosten, bei Schiffen mit einer Länge über alles von 12 Metern oder mehr, aber weniger als 24 Metern nicht mehr als 50 % der gesamten beihilfefähigen Kosten und bei Schiffen mit einer Länge über alles von 24 Metern oder mehr nicht mehr als 25 % der gesamten beihilfefähigen Kosten betragen.
- (204) Das mit der Beihilfe erworbene Schiff muss ab dem Tag der Beihilfegewährung mindestens 15 Jahre in dem Gebiet in äußerster Randlage registriert bleiben und während dieser Zeit alle seine Fänge in einem Gebiet in äußerster Randlage anlanden. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, muss die Beihilfe in einer Höhe zurückgezahlt werden, die in einem angemessenen Verhältnis zur Dauer oder zum Umfang des Verstoßes steht.

TEIL III

VERFAHRENSVORSCHRIFTEN

1. Maximale Laufzeit von Beihilferegelungen und Evaluierung

- (205) Die Kommission genehmigt nur Beihilferegelungen mit begrenzter Laufzeit. Beihilferegelungen dürfen grundsätzlich nicht länger als sieben Jahre gelten.
- (206) Mit Blick auf möglichst geringe Verzerrungen des Wettbewerbs und des Handels kann die Kommission fordern, dass bestimmte Regelungen zeitlich befristet (in der Regel auf höchstens vier Jahre) und der Ex-post-Evaluierung gemäß Randnummer 36 unterzogen werden. Einer Ex-post-Evaluierung unterzogen werden Regelungen, die den Wettbewerb besonders stark verzerren könnten, d. h. bei denen erhebliche Beschränkungen oder Verzerrungen des Wettbewerbs zu befürchten sind, wenn ihre Durchführung nicht zu gegebener Zeit geprüft wird.
- (207) In Anbetracht der Ziele der Ex-post-Evaluierung und zur Vermeidung eines unverhältnismäßigen Aufwands für die Mitgliedstaaten insbesondere bei kleineren Beihilfebeträgen ist eine Ex-post-Evaluierung nur bei Beihilferegelungen erforderlich, die eine hohe Mittelausstattung oder neuartige Merkmale aufweisen oder wenn wesentliche marktbezogene, technische oder rechtliche Veränderungen vorgesehen sind. Die Ex-post-Evaluierung muss von einem von der Bewilligungsbehörde unabhängigen Sachverständigen auf der Grundlage einer

einheitlichen Methode durchgeführt werden und ist zu veröffentlichen. Jeder Mitgliedstaat muss zusammen mit der jeweiligen Beihilferegelung den Entwurf eines Evaluierungsplans anmelden, der fester Bestandteil der Bewertung der Regelung durch die Kommission sein wird.

- (208) Damit die Kommission eine etwaige Verlängerung der Beihilferegelung prüfen kann, muss ihr die Ex-post-Evaluierung rechtzeitig, in jedem Fall aber bei Auslaufen der Beihilferegelung, vorgelegt werden. Bei jeder späteren Beihilfe, die einen ähnlichen Zweck verfolgt, müssen die Ergebnisse dieser Ex-post-Evaluierung berücksichtigt werden.
- (209) Die Kommission beurteilt die Vereinbarkeit von Beihilferegelungen, die lediglich aufgrund ihrer umfangreichen Mittelausstattung nicht in den Geltungsbereich einer Gruppenfreistellungsverordnung fallen, mit dem Binnenmarkt ausschließlich auf der Grundlage dieses Evaluierungsplans.

2. Anwendung der Leitlinien

- (210) Die Kommission legt bei der Bewertung aller Beihilfen, die ab dem 1. Januar 2023 gewährt werden, unabhängig vom Zeitpunkt der Anmeldung diese Leitlinien zugrunde.
- (211) Einzelbeihilfen, die auf der Grundlage einer genehmigten Beihilferegelung gewährt und aufgrund einer Pflicht zur Anmeldung bei der Kommission einzeln angemeldet werden, werden anhand der für die genehmigte Beihilferegelung geltenden Leitlinien bewertet.
- (212) Rechtswidrig gewährte Beihilfen werden anhand der zum Zeitpunkt der Bewilligung der Beihilfe geltenden Leitlinien bewertet. Einzelbeihilfen, die im Rahmen rechtswidriger Beihilferegelungen gewährt wurden, werden nach den Leitlinien geprüft, die zu dem Zeitpunkt für die rechtswidrige Beihilferegelung galten, zu dem die Einzelbeihilfe gewährt wurde.
- (213) Die im Jahr 2015 verabschiedeten Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor⁵¹ gelten nach dem 31. Dezember 2022 nicht mehr, ausgenommen die Fälle gemäß den Randnummern 211 und 212.

3. Vorschläge für geeignete Maßnahmen

- (214) Im Einklang mit Artikel 108 Absatz 1 AEUV empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten, ihre bestehenden Beihilferegelungen bis spätestens 30. Juni 2023 an die vorliegenden Leitlinien anzupassen.
- (215) Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung dieser Leitlinien im *Amtsblatt der Europäischen Union* ihre ausdrückliche und uneingeschränkte Zustimmung zu den in diesen Leitlinien vorgeschlagenen geeigneten Maßnahmen zu erteilen.

⁵¹ Mitteilung der Kommission — Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. C 217 vom 2.7.2015, S. 1).

- (216) Erteilt ein Mitgliedstaat innerhalb der vorgesehenen Frist keine ausdrückliche und uneingeschränkte Zustimmung, so geht die Kommission davon aus, dass der Mitgliedstaat mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht einverstanden ist. Ist ein Mitgliedstaat mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht einverstanden, verfährt die Kommission gemäß Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates.

4. Berichterstattung und Überwachung

- (217) Die Kommission erinnert die Mitgliedstaaten daran, dass sie der Kommission gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates und den Artikeln 5, 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission⁵² Jahresberichte vorlegen müssen.
- (218) Der Jahresbericht muss auch meteorologische Informationen über Art, Zeitpunkt, relatives Ausmaß und Ort der Ereignisse gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitte 1.1 und 1.2 und Informationen über die Tierseuche und den Befall durch gebietsfremde invasive Arten gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.3 enthalten. Die in dieser Randnummer dargelegte Berichterstattungspflicht bezieht sich nur auf Ex-ante-Rahmenregelungen.
- (219) Die Kommission behält sich das Recht vor, zusätzliche Angaben zu bestehenden Beihilferegulungen auf Einzelfallbasis anzufordern, wenn ihr dies zur Wahrnehmung ihrer in Artikel 108 Absatz 1 AEUV genannten Zuständigkeiten erforderlich erscheint.
- (220) Jeder Mitgliedstaat führt detaillierte Aufzeichnungen zu all seinen Beihilfemaßnahmen. Diese Aufzeichnungen müssen alle Angaben enthalten, die erforderlich sind, um gegebenenfalls feststellen zu können, ob die Voraussetzungen gemäß diesen Leitlinien bezüglich der Beihilfefähigkeit und der Beihilfehöchstintensität erfüllt sind. Die Aufzeichnungen müssen ab dem Tag, an dem die Beihilfe gewährt wurde, zehn Jahre lang aufbewahrt und der Kommission auf Anfrage vorgelegt werden.

5. Überarbeitung

- (221) Die Kommission kann diese Leitlinien jederzeit überarbeiten oder ändern, wenn dies aus wettbewerbspolitischen Gründen, aufgrund anderer Politikbereiche der Union, internationaler Verpflichtungen, wegen Marktentwicklungen oder aus anderen berechtigten Gründen erforderlich ist.

⁵² Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (ABl. L 141 vom 30.4.2004, S. 1).